

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Voll und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Glimmel', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts', 'Bild in die Zukunft' und 'Kulturarbeit' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 25. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Baldwin begründet den Abbruch.

Trieb die 'Arcos' Militärspionage und bolschewistische Agitation?

London, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Unter gespanntester Aufmerksamkeit des Unterhauses und lebhaftem Beifall von seinen Anhängern gab Baldwin im Unterhaus seine Erklärungen über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen London und Moskau bekannt.

Die Polizei hat, begann Baldwin, seit vielen Monaten in enger Zusammenarbeit mit den Militärbehörden die Tätigkeit einer Gruppe von Geheimagenten verfolgt, die es sich zur Aufgabe gesetzt hatten, streng vertrauliche Dokumente der britischen bewaffneten Macht in ihren Besitz zu bringen. Die Informationen haben zu dem Schluß geführt,

daß diese Geheimagenten im Auftrage der Sowjetregierung arbeiten und ihre Instruktionen von der Sowjethandelsdelegation erhielten.

Baldwin ging hierauf des Näheren auf die Vorgeschichte der Hausdurchsuchung im Sowjetbureau ein. Er fuhr fort, Polizeiorgane begaben sich sofort nach Beginn der Hausdurchsuchung in den photostatischen Raum des Hauses. Dortselbst wurden gewisse Dokumente gefunden, welche zeigten, daß die Bureaus der Arcos-Gesellschaft und der russischen Handelsdelegation ständig als eine

Vermittlungszentrale für umstürzlerische Betätigung

benutzt worden sind. Unter diesen Gegenständen, auf welche sich die hier vorgefundene Korrespondenz bezog, befanden sich Korrespondenzen mit dem Seelute-Riad, mit der Organisation 'Hände weg von China', Agitationsmaterial gegen das Gewerkschaftsgesetz, Verbreitung kommunistischer Propaganda und über industrielle Angelegenheiten Amerikas. Außerdem fanden sich Briefe, welche über die kommunistische Agitation unter den von der Arcos-Handelsgesellschaft benutzten Seeschiffen und deren Besatzung Aufschluß gaben. In einem anderen Raum, zu dem der Zugang erst erzwungen werden mußte, fanden sich sechs Briefe und Korrespondenzen mit den kommunistischen Parteien der Vereinigten Staaten, Mexikos, Südamerikas, Neu-Seelands und Südafrikas.

Diese Dokumente beweisen: 1. das Militärspionage und umstürzlerische Betätigung im ganzen britischen Reich und Nord- und Südamerika vom Londoner Sowjetbureau aus vorgenommen worden ist;

2. daß keinerlei wesentlicher Unterschied zwischen den Diensten und Beschäftigungen der Mitglieder der Handelsdelegation und den Angestellten der Arcos-Gesellschaft gemacht wurde, und daß die beiden Organisationen sich mit antibritischer Propaganda und Spionage befleißigen.

Die Sowjetregierung kann sich der Verantwortlichkeit für diese Betätigung ihrer Handelsdelegation und des Mißbrauchs ihrer Privilegien nicht entziehen. Es wäre schwierig, anzunehmen, daß ein russisches Regierungsorgan die feierlich geschlossene Verpflichtung bricht, während das andere in England befindliche Organ, die Sowjetbotschaft, hieran nicht beteiligt sei.

Baldwin wandte sich hierauf unter Hinweis auf die Propagandakäufe des Handelsvertrages der antibritischen Betätigung der russischen Mission in China zu. Der russische Geschäftsträger in London hat erklärt, daß Borodin in China lediglich als Privatperson handele. Die Regierung hat jedoch Beweise dafür, daß

Borodin als offizieller russischer Agent in China

diese Agitation betrieb und dieselbe ist auch nicht auf China beschränkt geblieben. Baldwin zitiert hierauf einige vom Sowjetrussischen Geschäftsträger in London an das Volkstommisariat in Moskau gerichtete Telegramme an, in denen der Geschäftsträger ausführliche Informationen über China zur Benutzung für die englischen Arbeiterorganisationen gibt.

Damit war Baldwins Material erschöpft. Er ging noch auf die Geschichte der anglo-russischen Beziehungen ein und fuhr fort: 'Solche Art ständigen Mißbrauchs diplomatischer Beziehungen ist eine Gefährdung des Friedens.'

Die Regierung hat deshalb — vorausgesetzt, daß das Unterhaus am Donnerstag diesem Beschlusse seine Zustimmung gibt — beschlossen, das Handelsabkommen mit Sowjetrußland zu beendigen, die Abberufung der Handelsdelegation und der Sowjetbotschaft aus London zu fordern und selbst ihrerseits die britische diplomatische Mission in Moskau zurückzuberufen. Die Verwendung der Arcos-Gesellschaft für normale Handelsbeziehungen wird von diesen Beschlüssen nicht berührt und die Regierung ist bereit, alle Maßnahmen für gewöhnliche Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu treffen.

Nachdem Baldwin unter dem Beifall seiner Anhänger geendet hätte, stellte

Clynes

im Namen der Arbeiterpartei eine Reihe von Fragen an die Regierung und forderte, daß die Regierung bis zur Debatte am Donnerstag ihr Material im Druck vorlegen sollte, eine Forderung, bezüglich deren Clynes bei den Liberalen Unterstützung fand, für die Lloyd George sprach. Auf eine Frage des Eisenbahnerführers Thomas stellte Baldwin fest, daß er, Baldwin, naturgemäß dem Unterhaus nicht alles ihm vorliegende Material in seiner Regierungserklärung unterbreitet hat, daß es jedoch im Zusammenhange mit den bisherigen Beziehungen zwischen London und Moskau genügen müsse, um die Handlungsweise der Regierung zu rechtfertigen.

Der erste und entscheidende Eindruck der Regierungserklärung im Lager der Arbeiterpartei ist, daß es

Baldwin in seiner Rede völlig mißlungen ist, irgendwelches neues Material vorzubringen.

welches den Abbruch der Beziehungen rechtfertigen würde. Der 'Daily Herald' vom Mittwoch schließt seinen Leitartikel über den Abbruch der Beziehungen zu Rußland mit folgenden Worten: 'Die britische Regierung hat sich selbst zum Richter, Geschworenen und Staatsanwalt eingesetzt und ist zu ihrem Urteil gekommen, ohne dem Angeklagten die Möglichkeit der Verteidigung zu geben. Das Urteil ist das höchstmögliche, beinahe eine Kriegserklärung, und die Strenge und Ungerechtigkeit des Urteils wird dadurch nicht gemildert, daß die Regierung eine scheinbare Konzession mit der Fortsetzung der gewöhnlichen Handelsbeziehungen macht. ... Baldwins Handlungsweise ist ein Schlag für die britische Wirtschaft, sie wird die britische Arbeitslosigkeit erhöhen und noch mehr die britische Unternehmerschaft bankrott machen. Das ist

schlimm genug, schlimmer sind die Konsequenzen, die sich daraus für den Frieden der Welt ergeben'

Baldwin hat in seiner Rede von der Fortsetzung der gewöhnlichen Handelsbeziehungen gesprochen. Wie der Korrespondent des 'Soz. Pressedienst' von gutunterrichteter russischer Seite erfährt, kann von einer solchen Fortsetzung deshalb nicht die Rede sein, weil mit dem Verschwinden des Handelsvertrages die alten englischen Rußlandgläubiger in der Lage sein würden, alle russischen Waren, die nach England transportiert werden, beschlagnahmen zu lassen.

Macdonald für Neuwahlen.

London, 24. Mai. (TL.) Macdonald ist am späten Abend in London eingetroffen und hatte eine erste Zusammenkunft mit führenden Persönlichkeiten der Arbeiterpartei. Bei der Landung in Southampton erklärte Macdonald Pressevertretern, die Arbeiterpartei sei gewillt, im Falle des völligen Bruches mit Rußland die Regierung zur Ausschreibung von Neuwahlen zu zwingen.

Protestkundgebungen in Moskau.

Moskau, 24. Mai. (WTB.) Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: In den Betrieben werden fortgesetzt Massenprotestversammlungen gegen den Londoner Ueberfall abgehalten. In den dabei angenommenen Entschlüssen wird gefordert, daß die Sowjetregierung kräftigen Widerstand leistet und den Handelsvertrag mit England löse. Die 'Sowestija' weist auf die Entrüstung in der öffentlichen Meinung der Sowjetunion hin und betont, daß die Sowjetunion aus den gegenwärtigen politischen Beziehungen zu England keine Vorteile ziehe. Wenn die Sowjetregierung durch eine unbefriedigende Antwort der englischen Regierung vor die Notwendigkeit gestellt werden sollte, eine Entscheidung zu treffen, so werde sie sich von der beharrlichen Forderung der öffentlichen Meinung, die Handelsbeziehungen abzubauen und die Handelsvertreter abzurufen, leiten lassen.

Das Schlusswort des Parteivorstandes

Genosse Otto Wels mahnt zur Kameradschaftlichkeit.

Kiel, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Debatte des Dienstags drehte sich zum großen Teil um die Frage, ob Debatten solcher Art, wie sie am Montag begonnen und am Dienstag fortgesetzt wurden, im Interesse der Partei wünschenswert sind. Es war Genosse Stämpfer, der diese Frage aufwarf, und es war Genosse Renner-Wien, der sie aus seinen österreichischen Erfahrungen in umhüllendster Weise beantwortete. Der ungeheure Beifall, mit dem Renners Ausführungen ausgenommen wurden, hat den Willen der überwältigenden Mehrheit des Parteitagess klar erkennen lassen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß dieser Wille auch dem des allergrößten Teils der Parteigenossen im Lande entspricht. Es wird also sehr ernstlich zu überlegen sein, was getan werden kann und muß, um — nach dem nachahmenswerten Vorbild der österreichischen Genossen — alles aus der öffentlichen Diskussion auszuschalten, was seiner Natur nach in die vertraulichen Sitzungen der Parteikörperschaften gehört.

Wäre schon in den letzten zwei Tagen nach jenem Vorbild verfahren worden, so hätte der alte Streit um die Fürstenabfindung und die Vorgänge im Preußenskabineett im Herbst 1918 ganz gewiß den Parteitag nicht mehr belastet. Das sachliche Interesse an dieser historischen Frage war gering, die Sympathie der übergroßen Mehrheit des Parteitagess mit dem Genossen Braun, der den Streit gegen Rosenfeld führte, offenbar.

Am Nachmittag gab es nach den vorhergegangenen Gewittern nur noch ein Wetterleuchten. Die Schlussworte des Genossen Wels waren eine zu Herzen gehende Mahnung zur Versöhnung und zur Kameradschaftlichkeit, die den Parteitag zu Stürmen des Beifalls hinriß. Ein großer Teil des Nachmittags wurde von den Abstimmungen über die Anträge in Anspruch genommen, von denen rund hundert, die zum Bericht des Parteivorstandes und zum Organisationsstatut gestellt waren, erledigt worden sind.

Dann ging man zum Agrarprogramm über. Genosse Dr. Baade nahm als erster Referent das Wort. Er ist für sozialdemokratische Parteiarbeit ein neuer Mann, wenn er auch in der Partei längst kein Fremder mehr ist. Als Sachverständiger in Agrarfragen hat er in der Wissenschaft einen geachteten Namen. Nun hat er — von Hause aus praktischer Landwirt — den Sprung von der Studierstube zur Rednertribüne der Parteitage vollzogen und er ist ihm geglückt. Auf äußere rhetorische Wirkungen verzichtet er, aber der Parteitag merkt bald, daß ein Mann vor ihm steht, der ihm neues und wichtiges zu sagen hat. Für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion eröffnet er glänzende Perspektiven; das vernichtende Urteil über die Unterlassungsfünden des alten Regimes hat aus diesem Munde politische Bedeutung. Baade bekennet sich als überzeugter Sozialist und für ihn ist Sozialismus nicht mehr nur vage Vorstellung, sondern im Werden begriffenes Wirtschaftssystem. Sein Referat ist ein Schritt auf dem Wege der 'Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft' — und darüber hinaus zur Verwirklichung.

Der zweite Referent zum gleichen Thema, Genosse Krüger, ist Regierungspräsident in Lüneburg, also ein Mann der Verwaltungspraxis. Er predigt den Kampf gegen den Latifundienbesitz, für den es in der sozialistischen Gesellschaft keinen Raum mehr geben darf, und für die Förderung der Siedlung. Dann begründet er im einzelnen den Entwurf des Agrarprogramms. Der Parteitag hat schon einen reichlichen Achtstundentag hinter sich. Trotzdem ist die Aufmerksamkeit sehr reg, besonders bei den ausländischen Delegierten. Die Frage des Agrarprogramms greift in ihrer Bedeutung weit über die Landesgrenzen hinaus.

Genosse Hilferding schlägt dann vor, die Agrarkommission mit Zuwahl eines Leipziger Genossen — Leipzig hat einen Segementwurf eingebracht — noch einmal zusam-

mentreten zu lassen. Das wird beschlossen, und die Debatte wird bis zum neuen Bericht der Kommission ausgesetzt.

Heute, Mittwoch, wird Robert Schmidt den Bericht der Reichstagsfraktion erstatten.

Kiel, 24. April. (Eigener Drahtbericht.)

Nachdem die Aussprache über die Tätigkeit des Parteivorstandes geschlossen ist, über die wir im Abendblatt berichteten, folgen noch einige persönliche Bemerkungen. Hierzu spricht zunächst

#### Dr. Kurt Rosenfeld:

Die allen Kamellen, die Otto Braun über meine Tätigkeit als Justizminister in der Revolutionszeit vorgetragen hat, sind längst als falsch erwiesen. An der ersten Verfügung über die Beschlagnahme des Hohenzollernvermögens vom 13. November 1918 war ich noch nicht beteiligt. Da diese Verordnung unzulänglich war, habe ich Hugo Haase gebeten, eine Verordnung der Volksbeauftragten im Reich zu erlassen, nach der das Privateigentum aller deutschen Fürsten in das Eigentum des Volkes übergeht. Haase hat das aus Mangel an Zeit der Volksbeauftragten abgelehnt. Ich habe dann im preussischen Kabinett am 30. November 1918 die Enteignung der Hohenzollern beantragt. (Hört, hört!) Otto Braun: Wo steht das? Das steht nicht so wörtlich in den Akten. Aus den Akten ergibt sich nur, daß am 30. November 1918 im Kabinett über die Hohenzollernfrage gesprochen worden ist. Das Protokoll über diese wichtige Sitzung ist in den Akten nicht enthalten. (Hört, hört!) Das Zeugnis der Anwesenden steht einander gegenüber. Aber Adolf Hoffmann bestätigt mir, daß ich diesen Antrag gestellt habe und daß er mit drei zu drei Stimmen abgelehnt worden ist. Ich habe dann am 30. November 1918 jene zweite Beschlagnahmeverfügung durchgesetzt, die zunächst einmal den Hohenzollern jeden Zugriff, auch ihres Vermögens vermehrte. Ich habe in der verfassunggebenden Landesversammlung Südbraunschweig ausdrücklich entgegengerufen, daß er selber abgelehnt hätte und habe diesen Tatbestand unwidersprochen auch in der „Freiheit“ vom 20. März 1920 dargestellt. In dieser Beschlagnahmeverfügung steht kein Wort von vorläufiger Inbesitznahme, und es hätte dem preussischen Ministerpräsidenten nichts geschadet, wenn er sich darüber besser unterrichtet hätte. Dieses Wort findet sich vielmehr in einer Erwiderung auf den Einspruch des Prinzen Eitel Friedrich gegen die Verfügung vom 30. November. Auf diesen Einspruch habe ich dem Finanzminister vorgeschlagen, zu erwidern, daß es sich bei der Beschlagnahme nicht vorwiegend um eine Gewaltmaßregel handele, sondern um eine vorläufige Inbesitznahme während schwebender Auseinandersetzungen. Damit könne man den nicht unbegründeten Einwand zurückweisen, daß es sich bei der Beschlagnahmeverfügung um einen unzulässigen Eingriff in das Privateigentum handele. In dieser Erläuterung wollte ich natürlich nur die Beschlagnahmeverfügung juristisch begründen, und nicht etwa meinen politischen Standpunkt darstellen. Wer das kameradschaftlich beurteilt und nicht böswillig entstellt, wird mir zugestehen müssen, daß nur eine vorläufige Inbesitznahme im Interesse des preussischen Staates, nicht im Interesse der Hohenzollern gedacht war. (Beifall und Widerspruch.) Jedenfalls trage ich keinerlei Verantwortung, wenn den Hohenzollern etwas herausgegeben worden ist. Als ich aus dem Amte schied, war ihr gesamtes Vermögen vom Staat beschlagnahmt. Erst vierzehn Tage später hat mein Nachfolger die Frage aufgeworfen, ob man nicht Teile des beschlagnahmten Privatvermögens freigeben müsse, weil die uneingeschränkte und unterschiedslose Beschlagnahme des gesamten Privatvermögens sich juristisch nicht ausreichend begründen lasse. (Hört, hört!) Das war eben von meinem Standpunkt abweichende Standpunkt der Rechtssozialisten. Ebenso unbegründet ist die Behauptung des Genossen Braun, daß sich die Gerichte bei ihren Urteilen zugunsten der Hohenzollern auf keine Begründung zu der Beschlagnahmeverfügung berufen hätten. Diesen Trumpf hat zum ersten Male der deutschnationalistische Fürstentumswortführer in der Reichstagsdebatte ausgespielt. (Hört, hört!) Der Vertreter des Genossen Braun, der zugegen war, hat mir damals sofort bestätigt, daß sich kein einziges Urteil zugunsten der Hohenzollern auf diesen Postus gründet. (Lebhafte Beifall.)

#### Otto Braun:

mit stürmischem Beifall empfangen: Ich stelle zunächst fest, daß nicht ich, sondern Dr. Rosenfeld den Hohenzollernvergleich hier in die Debatte gezogen hat. Die Erläuterung der Beschlagnahmeverfügung vom 30. November 1918, auf die es ankommt, hat Genosse Rosenfeld nicht richtig zitiert. Diese vom Justizminister ausgehende Erläute-

rung lautet: Hiernach handelt es sich bei der Beschlagnahmeverfügung nicht sowohl wie bei der Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover um eine überwiegende Gewaltmaßregel, sondern um... Durch die ausdrückliche Hervorhebung des Gegenjahres zur Beschlagnahme des Weisener Vermögens, das bekanntlich Bismarck für den preussischen Staat eingezogen hat, ist klar herausgestellt, daß es sich bei dieser Beschlagnahme nicht um eine Vorbereitung der Enteignung zugunsten des Staates handeln sollte. Was die Stellung der Gerichte betrifft, so genügt mir die Anerkennung Rosenfelds, daß der Anwalt der Fürsten sich auf diesen Postus ausdrücklich berufen hat. Weder in der Sitzung vom 30. November, noch in irgendeiner anderen Sitzung des preussischen Kabinetts hat Genosse Dr. Rosenfeld die Enteignung des Hohenzollernvermögens beantragt. (Hört, hört!) Auf der Berliner Funktionärskonferenz hat Rosenfeld die unwahre Angabe gemacht, ihm würde die Einsicht in die Akten verweigert. Heute, nachdem ich ihm die Akten selbst zur Verfügung gestellt habe, erklärt er, das betreffende Protokoll sei nicht da. Das stimmt beinahe so, als ob ich es hätte beiseite lassen. (Unruhe und Widerspruch.) Aber das Protokoll über die Kabinettsitzung vom 30. November 1918 ist da. Es enthält nur nichts über einen Antrag Rosenfelds über Enteignung der Hohenzollern. (Hört, hört!) Auch keiner von uns, der in der Sitzung anwesend gewesen ist, kann sich eines solchen Antrages entsinnen. Viel eher könnte ich mich darauf berufen, daß ich einmal im Kabinett den Standpunkt eingenommen habe, daß die Hohenzollernfrage eine politische und keine juristische Frage ist. Ich habe damals vorgeschlagen, den Hohenzollern 10 Millionen zu geben, und dafür ihr gesamtes Eigentum in das des preussischen Staates übergehen zu lassen. Damals haben Rosenfeld und seine Freunde erklärt, das könnten sie dem Volke nicht zumuten. (Rosenfeld: Das steht auch nicht im Protokoll, aber es ergibt sich daraus doch, daß wir enteignen wollten. Das ist die beste Bestätigung meiner Darlegung.) Ich habe den Standpunkt, daß die Frage des Fürstentumsvermögens politisch entschieden werden müsse, vertreten, bis Volksentscheid und Reichsgesetz verfaßt hatten und kein politisches Mittel mehr offen stand. Dann allerdings blieb nur der Vergleich möglich. — Zum Schluß ein rein persönliches Wort: Wer mich kennt, weiß, wie ich zu einer Vergewitterung meiner Person stehe, aber ich bin in meiner Parteitätigkeit auf exponiertem Posten so oft geschmäht und beschimpft worden — gönnen Sie mir doch auch einmal ein kleines Vergnügen! (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

#### Dolph Hoffmann

(Lebhaft begrüßt): Ich habe an allen Sitzungen damals im November teilgenommen. Rosenfeld hat in der Tat den Antrag, wie er ihn dargestellt hat, gestellt: Eine Konfiskation vorzunehmen. Südbraun hat damals dagegen gesprochen. Im Protokoll sind nur die Beschlüsse ergänzt, nicht aber die Debatten. Deshalb steht auch nichts darin, was Braun beantragt hat.

#### Renner (Wien):

Man hat uns Desterreklern die Ehre angetan, sich wiederholt auf uns zu berufen. Ich will nun nicht den überaus Bescheidenen mimen. Es freut uns immer, wenn wir Anerkennung finden, aber man sollte doch mit solchen Berufungen auf die Politik eines anderen Landes vorsichtig sein. Viktor Adler hat einmal gesagt: „Wenn ich über die Politik eines Landes urteilen will, so muß ich es kennen, wie meine Westentöche.“ Sie haben es viel schwieriger als wir. In unserem kleinen Lande sind die Verhältnisse übersichtlich. Wir haben in der Hauptsache nur zwei Parteien. Sie haben viele Parteien und das scheint zu den Eigenschaften der Reichsdeutschen zu gehören, vielleicht auch innerhalb jeder einzelnen Partei. Wir leben darin einen übersichtlichen Luxus. Auch in der Fürstentumswort sind die Verhältnisse nicht zu vergleichen. Unsere Monarchie war entwurzelt, nicht nur bei den Deutschen und Tschechen und den anderen Nationen. Unser Vorzug in dieser Frage war folgender:

1. Wir haben niemals ein Provisorium, sondern sofort eine definitive Regelung getroffen. Wir haben vom ersten Tage an in der Erkenntnis, daß das Gegenteil nicht zu halten sei, das Privateigentum der Fürsten freigegeben. Zur Entscheidung, was Privateigentum sei, haben wir ein eigenes Organ eingesetzt. Die Enteignung des Privateigentums haben wir ganz allgemein vorbehalten.

2. haben wir die Sache nicht nur juristisch, sondern politisch behandelt. Wir haben das enteignete Gut sofort den Kriegsinvaliden gewidmet. Das führte dazu, daß die Enteignung vom ersten Tage an auch gar nicht umstritten war. Im übrigen möchte ich nicht, daß Sie sich auf unserem Parteitage darauf berufen. Parteitage Ihrer Art haben wir gar nicht. (Hört, hört!) Zu Aus-

einandersehungen dieser Art pflegen wir interne Reichskonferenzen zu veranstalten. Auf Parteitage sind wir uns mehrere Dinge bewußt. Wir stellen uns auf den Standpunkt:

Ein hohes Gut ist die freie Meinungsäußerung, ein höheres Gut die Einheit der Handlung. (Lebhafte Beifall.)

Wir wissen, daß ein Parteitag keine interne Veranstaltung ist und es wäre bei uns kaum möglich, daß ein Redner mit Erfolg ein richtiges Argument vorbringen könnte, was am nächsten Tage zum Argument der Gegner wird. (Gehr gut!) Wir pflegen sehr ernste Verhandlungen, aber in anderem Rahmen. Wir haben andere Traditionen und kommen darüber nicht hinweg. Ich urteile hier nicht, ich stelle nur fest. Keine der sächsischen Regierungen kann sich mit Recht auf Desterreich berufen. Die Verhandlungen Ihres Parteitages manifestieren eine erfreuliche Tatsache: das starke individuelle Leben jedes Teiles der deutschen Partei. Das ist ein wertvolles Gut der ganzen deutschen Sozialdemokratie, aber der Güter höchstes ist es nicht. Ich meine, das Gesamtansehen und die Geschlossenheit der ganzen Partei ist ein höheres Gut! (Stürmischer Beifall.)

#### Nachmittagsführung.

In der Nachmittagsführung werden zunächst die Schlussworte entgegengenommen.

Das Schlusswort zum Bericht über Organisation und Kasse erhält

#### Ludwig (Partei Vorstand).

Er verwahrt sich dagegen, daß er Parteigenossen den Vorwurf gemacht hätte, sie zögen die Sicherheit der Sozialdemokratie der Unsicherheit der kommunistischen Rauschschneise-Partei vor. Er habe ausdrücklich von Kommunisten gesprochen, die aus diesem Grunde sich an die Partei heranmachen. — Trotz der ausführlichen Debatte habe er die Leipziger Anträge nicht ganz verstanden. Sie wollten die Umlage der Parteigeschäfte beseitigen und die Leistungen der Fürsorgeerlöse erhöhen. Wie kann man mit verringerten Einnahmen mehr leisten? Unter den erhöhten Vorwürfen ist nur der der einzig richtige, daß der Parteivorstand an mehreren Orten auf Änderung der Geschäftsform, insbesondere auf Auflösung von Genossenschaften und Umwandlung in Gesellschaften gedrängt habe, weil er sonst nicht die nötige Sicherheit für das in die Unternehmungen gesteckte Geld der Gesamtpartei gehabt habe. Es sei keine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß Geld der Gesamtpartei nur in die Hände von Parteigenossen käme, nicht Geld von Genossenschaften, denen Kommunisten und Indifferente angehörten. Oder sei es etwa unbekannt geblieben, daß die Partei sich mit der Genossenschaft in Rottbus herumlagen müsse, weil einzelne aus der Partei ausgeschlossene Genossenschaftler Ansprüche erhoben? Sei es unbekannt, daß ein ähnlicher Prozeß in Hagen bisher schon 14 000 Mark gekostet hätte? Ein Prozeß, den nicht der Parteivorstand führe, sondern eine Fraktion der Genossenschaftsmitglieder gegen die Mehrheit, die zuerst die Bereinigung geschlossen hätte. Ueber die angeblich brutale Rücksichtslosigkeit in Hagen kann ich noch nicht reden, weil die Sache nach der Beschwervermittlung vorliegt. Aber in keinem Bezirk hat der Parteivorstand, selbst wo die Presse durchaus unreinlich gegen ihn steht, gegen die redaktionelle Haltung eingegriffen. Die Geduld des Vorstandes auf diesem Gebiete wird von vielen Genossen im Lande einfach bewundert. Aber wir halten trotz allem an dem Prinzip fest, die geschäftlichen Dinge von den politischen Dingen unbedingt getrennt zu halten. Auf Grund der Umlage sind etwa 800 000 Mark gezahlt worden; sechs Geschäfte haben sich 22 000 Mark stunden lassen und uns darüber Schuldweine gegeben. Wie lange wird es dauern, bis wir auf diesem Wege die Parteipresse wirtschaftlich in unsere Hand bekommen haben, wie es behauptet worden ist? Im übrigen bitte ich, bei diesen angeblichen Beschränkungen doch nicht zu vergessen, daß der Parteivorstand vom Parteitag gewählt wird und nicht eine willkürliche Korporation außerhalb der Partei ist.

Den Reichsausschuß für die Arbeiter und Angestellten der Parteibetriebe haben die Hauptvorstände der Gewerkschaften niemals anerkannt. Ich stelle nochmals fest, daß für alle Parteigeschäfte überparteiliche Arbeitsbedingungen bestehen. (Beifall.) Arbeiter und Angestellten der Parteibetriebe haben die Hauptvorstände der Gewerkschaften niemals anerkannt. Ich stelle nochmals fest, daß für alle Parteigeschäfte überparteiliche Arbeitsbedingungen bestehen. (Beifall.)

Das Schlusswort zum Parteivorstandsbericht erhält

#### Otto Wels:

Gestern am Schluß meiner Rede hörte ich, wie ein sehr radikaler Geschäftsführer seinem noch radikaleren Redakteur telephonierte, die

## Filmszene der Nacht.

Von Les.

Frühlingsabend.

Etwa eine Stunde vor Mitternacht.

Nicht quillt aus einer gläsernen Vase und schiebt sich legel förmig in die Dunkelheit der Straße, die zu beiden Seiten wie eine sputhafte Mauer vor der Helligkeit zurückweicht.

In diesem Lichtkegel steht eine strahlende, grüngoldene Portierlibree.

In diesem Lichtkegel gleiten feierliche, schwarze Männergestalten, glühende, bewegliche Frauen hin und her, von Autos ausgepölet oder von Autos verschluckt.

In diesem Lichtkegel schweben schwere, süße, fettige Düfte auf verlorenen Geigenklängen, schreien harte, scharfe, kulturförmige Parfüms in dem unmittelbaren Gequäl der Saxophone.

In diesem Lichtkegel lebt die Welt des außerordentlich vornehmen Establishments, das sich als erlesene Dreieinigkeit: Weinrestaurant, Diner, Bar, repräsentiert.

In der Dunkelheit der Straße aber flackert wie ein Traum das nächtliche Leben. Leben, das sich von den Abfällen dieser Helligkeit nährt.

Wenn ein Auto sich knatternd in den Lichtstrom schiebt, lösen sich aus dem schwarzen Nichts haktige Kinderbewegungen; Hände greifen nach der Wagentür, mehr als zum Deffnen notwendig sind, Hände warten auf einen Tribut des Ueberflusses. Und in dem festlichen Vorfall, den das Licht hier auf der Straße erbaut hat, zucken plötzlich Schatten auf, Umrisse von Frauengestalten, die den Vermögenden düstige Sträußchen entgegenrecken, müde, unfrische Raibblumen, Beilchen, die ein billiges, künstliches Parfüm ausströmen.

Doch den meisten, die hier im Licht selbstbewußt schreiten, scheinen diese Erscheinungen unsichtbar körperlos zu bleiben. Und wenn der Hüter des Paradieses mit militärischer Gebärde das Vorhandensein der Lichtberechtigten konstatiert hat und die aufglimmende Tür für einige Melodiezeiten und verstärkte Helligkeit auf die Straße schiebend, so ist bereits wieder in Nacht verschwunden, was der Nacht gehört.

Nur am Straßenrand sind die Schattenwände von den Lichtkreisen einiger Bogenlampen aufgelöst. Und hier ist ein Uebergang zwischen den beiden Welten geschaffen von einer so zynischen Groteskheit, wie sie nur das Leben hervorbringt. Dort, wo die Türen der Autos aufschlagen und der Ueberfluß an glänzenden Toiletten und Londoner Schnelberanzügen auf die Straße strömt, sitzt ein Mensch, Eigentümlich nur etwas mehr als ein halber Mensch. Ein Kumpel in verhoffener, feldgrauer Uniform setzt sich fort in einer schwachen Andeutung von Oberkörper. Dann ist die Figur zu Ende, die wie ein heiteres Kinderspielzeug auf einem Brett mit vier Rädchen befestigt ist.

So hoch sie am Fuße der Lampe, nicht eine körperlose Silhouette gleich den beweglichen Schatten, sondern farbig und plastisch. Aber sie scheint ebenso schmerzhaft zu wirken. Blide gleiten an ihr vorbei, durch sie hindurch, bleiben bisweilen wohl auch kühl verwundert an ihr hängen, wandern aber dann ungehemmt weiter in die festliche Helligkeit.

Bismarck vertritt sich ein Geldstück in die Richtung des Torso. Verfehlt es sein Ziel, so schleht aus dem Dunkel eine Kindergestalt hervor, rafft es auf und wirft es in die schirmlose Soldatenmühe.

Auch ein Zigarrenstummel, beim Verlassen des Autos fortgeworfen, lohnt des Aufsehens. Selbst wenn er in eine Regenpfütze fiel. Das Kind trocknet ihn ab, verucht, selber einen Zug zu machen, um den nachgewordenen Tabak in Brand zu erhalten. Dann bekommt ihn der Mann unter der Lampe, dessen Augen so farr und leer glühern, als seien sie aus Glas, und an dem jetzt die brennende Zigarre, aus der sich dünne Rauchwölkchen tröpfeln, das Lebendigste ist.

In dem lichtdurchstrahlten Eingang wartet ein Paar auf das Vorfahren des Autos. Die Dame streift sich mit langamen, unbewußten Gebärden lange, weiße, weiche Handschuhe über die Finger. Ihre Blicke suchen in der Richtung des ankommenden Wagens und geraten dabei in den Bereich des halben Menschen auf Neben. Interessiert haften sie an dieser eigentümlichen Abart der nächtlichen Bettlertypen.

Da erregt sich der Vorfall mit der Zigarre. Blühschnell ändern sich die schönen Züge. Entsetzter Ekstase juckt in ihnen auf, während nervös die Finger sich mit dem letzten Handschuhknopf mühen.

Und mit abgewandtem Gesicht schreitet die Dame neben ihrem Begleiter dem Auto zu.

### Literatur und Politik in der Sowjetukraine.

Die Abwesenheit des kommunistischen Parteigeistes im Kulturleben der Sowjetländer offenbart sich bekanntlich auch darin, daß die obersten Parteinstanzen Richtlinien für die Entwicklung der Literatur und Kunst festlegen, die für die zahlreichen Organisationen der „proletarischen Dichter“, für die unter dem wachsenden Auge der Partei erscheinenden Blätter, Zeitschriften usw. von größter praktischer Bedeutung sind. Mit diesem Fragenkomplex hat sich nunmehr auch das Politische Bureau des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine beschäftigt. Neben der üblichen Kampfanzeige an die „bürgerlichen, idealistischen und individualistischen“ Tendenzen in der ukrainischen Literatur bringt es insofern eine besondere Note in seine Beschlüsse hinein, als es sich scharf gegen „das Durchdringen nationalitätlicher Strömungen“ in die ukrainische proletarische Literatur wendet. Es werden vom Zentralkomitee ukrainische Schriftstellergruppen genannt, die trotz ihrer kommunistischen Weltanschauung sogar solche Strömungen unterstützen hätten, die ihre Quelle in den „nationalistisch-faschistischen“ Literaturkreisen der ostgalizischen Ukrainer haben. Die Partei müsse dafür sorgen, daß eine ukrainische marginale Kritik auf dem Plan erscheine, mit der Aufgabe, die von der international-proletarischen Bahn abtrevenden

Dichter vor einer „Gefangennahme durch den Rationalismus“ zu bewahren. In der Sowjetliteratur müsse ein Verband entstehen, in welchem die ukrainischen Dichter sich mit den russischen zusammen schließen sollten.

Die angeführten Beschlüsse sind ein Nachhall der sogenannten literarischen Diskussion, die von einer ukrainischen Literatengruppe in Kiew mit den Besungen „Los von Moskau“ und „Orientierung auf Europa“ eingeleitet und, obwohl diese Besungsworte nur künstlerische Dinge betrafen, als ein politisches Ereignis angesehen wurde. Die Diskussion endete mit der erzwungenen Unterwerfung der Kiewer „Nationalisten“ unter das Parteidiktat.

Deutsche Volkstunsausstellung Dresden 1929. In einer vom Reichskunstwart einberufenen Sitzung im Reichsministerium des Innern fand eine Aussprache der zur Arbeitsgemeinschaft der deutschen Handwerkskultur gehörigen Verbände und anderer kultureller Organisationen, insbesondere der Grenz- und Auslandsdeputationspflege, über die vom Reichskunstwart vorgeschlagene Gliederung der Ausstellung und über die organisatorischen Vorarbeiten statt. Es wurde die Bildung eines Arbeitsausschusses und einer Reihe von Fachauschüssen beschlossen und Mitteilung von der zur Vorbereitung in Berlin (Schloß Bellevue) errichteten Geschäftsstelle der Volkstunsausstellung gemacht, die Vorschläge und Anregungen für Material und Gestaltung zur vorbereitenden Arbeit entgegennimmt.

Bilder als Besserungsmittel. Schiller hat das Theater für eine „moralische Anstalt“ erklärt, und auch sonst ist viel von dem erhebenden und bessernden Einfluß der Kunst gesprochen worden. Einen Versuch in dieser Hinsicht unternimmt man jetzt in dem großen Gefängnis des Staates New York, in Sing-Sing, und zwar will man sich dabei der Malerei bedienen, deren Fruchtbarmachung für die Sittlichkeit bisher ein wenig vernachlässigt wurde. In allen Gängen des weiten Gefängnisses, in den Sprechzimmern und in Ehrenräumen sind Gemälde aufgehängt worden, so daß sich das Zuchthaus in eine große Kunstausstellung verwandelt. Man hat zunächst einmal Bilder der verschiedensten Art angebracht und will beobachten, welche von diesen Werken auf die Gefangenen den größten Eindruck machen und wie die ganze Veranstaltung auf ihr Benehmen und ihre Anschauungen einwirkt. Die Ausstellung bleibt drei Wochen und soll dann durch eine andere ersetzt werden. Man will nach diesem ersten Versuch dann eine sorgfältigere Auswahl vornehmen, um gerade die Werke zu berücksichtigen, die sich am besten als Besserungsmittel eignen.

Leichenverbrennung auf chemischem Wege. In Moskau hat der Kiener Professor Javoroff Versuche unternommen, die Leichenverbrennung durch Säuren einzuführen. Eine Demonstration vor einem Kerkerkollegium ergab die völlige Auflösung eines Kaninchenfadens innerhalb 11 Minuten.

Die Galerie Mathiesen, Februastr. 14, zeigt in ihren Räumen die Ausstellung des amerikanischen Malers Arnold Friidman. Im Anschluß an diese Sammlung sind in den übrigen Räumen moderne Franzosen ausgestellt, u. a. Braque, Utrillo, Vlaminck. Den Zusammenhang dieser jüngeren Künstler mit der alten Tradition des französischen Impressionismus zeigen Bilder von Courbet, Cozanne und Renoir.

# Der Staatsstreich in Litauen.

Nach der Auflösung des Sejm — Aufruf zur Terrorabstimmung.

Referate von Bels und Ludwig seien so konzipiert und sorgfältig abgewogen gewesen, daß der Parteitag absolut ruhig verlaufen würde. Beide kämen der Opposition weiter entgegen, als man hätte annehmen können. Ich hatte auch nach meinem Referat gar nicht den Eindruck, als ob ein Sturm der Sachen gegen den Parteivorstand bevorstünde; denn mir wurde mitgeteilt, daß die große Mehrheit der sächsischen Delegation mit unseren Referaten in der Hauptsache durchaus einverstanden war. (Vehementes Hört, hört!) So habe ich mir denn die Rede Rosenfelds noch einmal durch den Kopf gehen lassen und sie mit meiner Rede verglichen. Was hatte ich gesagt? Ich hatte an den Leipziger Antrag angeknüpft, der das Verhalten des preussischen Innenministers Grzesinski als würdelos bezeichnete und vom Parteitag ein Verdammungsurteil forderte. An diesen Mißbrauch der Meinungsfreiheit hatte ich einen der Gemeinplätze über Kameradschaftlichkeit geknüpft, die längst Gemeingut aller Parteigenossen sein sollten. Daraus hat dann Rosenfeld gemacht, ich hätte einen Generalangriff auf Meinungsfreiheit und Oppositionsrecht unternommen. Ich kann mir nur denken, daß Rosenfeld so aufgeregt war, weil in meiner Rede absolut nichts Aufregendes zu entdecken war. (Heiterkeit.) Es war ihm offenbar das Konzept, das er stimmungsmäßig bereits sorgfältig in Berlin vorbereitet hatte, verdorben worden. Ich nehme nicht alles tragisch, was Rosenfeld gesagt hat, aber verbitten muß ich mir, daß er dem Parteivorstand brutale Rücksichtslosigkeit und kommunistische Unterdrückungsmaniere vorwirft. Jeder Tag, der in Sachen Parteiblätter erscheinen läßt, beweist die Meinungsfreiheit in Sachsen. (Sehr gut!) Die Triebfeder für unser Handeln soll sein: Wie fördern wir die Partei? Rosenfeld sieht die Möglichkeit des Aufstiegs nur dann, wenn dieser Parteivorstand verschwinden ist. In der Leo-Korrespondenz vom 6. Mai, gewissermaßen als Vorbereitung zum Parteitag, heißt es: „Gerade in den Kämpfen, die die Sozialdemokratische Partei zu schlagen hat, ist eine Parteipresse, die blindlings dem Parteivorstand folgt, eine Unentbehrlichkeit in erhöhtem Maße, solange sie dem Parteivorstand gehört, der ihr jetzt vorsteht.“

Also, wenn die Wünsche der Leviten erfüllt sind, dann besteht die Notwendigkeit der Meinungsfreiheit nicht mehr. Das glaube ich auf ein Haar, daß kaum ein Parteivorstand wieder einmal kommen wird, der der Meinungsfreiheit so breiten Raum gibt wie der jetzige. Rosenfeld hätte bedenken müssen, daß dieser Parteivorstand die Einigung der deutschen Sozialdemokratie herbeigeführt hat, der auch die Einigung der Internationale, bewirkt von uns betriebe, folgte. Ist das nicht eine Leistung, die Anerkennung verdient und auch eine bei der Kritik begründete? Standen Sie, Genosse Rosenfeld, daß, wenn Sie Führer der Partei gewesen wären, die Partei heute einig wäre? (Vehementes Zurufe: Nein! Nein!) Sie waren der Letzte, der den Weg zur Einigung fand und Sie waren am Montag der Erste, der mit dieser Kritik aufgetreten ist. (Stürmische Zustimmung.) Der Parteivorstand, der sich das ganze Jahr herunterreißen läßt, hat alle Jahre einmal auf dem Parteitag das Recht, sich zu wehren. Er nimmt nicht die Stellung eines Regergötzenbildes ein, das von seinen Anhängern gepöbeln wird, weil es nicht regnet oder wenn die Sonne nicht scheint. (Sehr gut!) In die Rolle der Passivität werden wir uns nicht drängen lassen. Niemand unter uns hat das Zeug zu Säulenfestigkeit oder zum Dufner. Ich bin im Parteivorstand einer der Sanftmütigsten (Große Heiterkeit), meiner ausgleichenden Art wird es auch weiter gelingen, für ein einheitliches Zusammenarbeiten in der Partei zu sorgen. Toni Piffel hat mir eine schwere Kränkung zugefügt, als sie uns zurief: „Denk daran, daß auch Ihr jung wart!“ Es ist doch so, daß jeder, der älter wird, um so häufiger und mit um so stärkerer Sehnsucht an die entschwundene Jugend zurückdenkt. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch ich war in meiner Jugend ein Stürmer und Dränger, aber damals waren in den Gewerkschaften wie in der Partei

## Der Gedanke der Disziplin und der Gemeinsamkeit

— und für meine Person will ich noch sagen — der Gedanke des autoritären Glaubens an die große Mission, die die Sozialdemokratie zu erfüllen hat, untrennbar verbunden mit dem Vertrauen zu den selbstgewählten Führern der Arbeiterschaft. (Sehr gut!)

Im Jahre 1923 habe ich erklärt, sollte die Leo-Korrespondenz über den Rahmen einer Korrespondenz hinausgehen, so wird die Partei gezwungen sein, dazu Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand hat in seiner unendlichen Duldsamkeit die Dinge noch weitergehen lassen und wenn ihn ein Tadel trifft, so der, daß er nicht härter und früher zugehört hat. Wir haben dann die Erfahrung einer Spaltung umsonst durchlebt. (Sehr richtig!)

Der Parteivorstand hat die Pflicht, das Palladium der Einheit als höchstes Gut zu schützen und alle Wetterzeichen einer Spaltung zu beachten.

Die vielen Rundschreiben, die unter der Jugend verbreitet werden, sind nicht jugendliches Ausleben, sondern das ist organisierte Duertreiberei zur Zerstörung der Partei im Interesse von Leuten, die von Rostau aus mit Geld gepöbeln werden und diese Arbeit zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben. (Sehr wahr!) — Gegen den Rostauer mühen wir Stellung nehmen, das war eine Art Geheimbund innerhalb der Partei. Da galt es, den Anfängen zu wehren. So zertraten wir ihn und werden das gegenüber allen ähnlichen Erscheinungen tun.

Ein Gesinnungsgemeinschaft schließt schon an sich aus, daß die Meinungsfreiheit des Einzelnen eine Begrenzung dadurch findet, daß er in die Gemeinschaft mit Gesinnungsfreunden geht. (Sehr gut!) Wer eine Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft einträgt, gibt damit einen Teil seiner individuellen Freiheit an die Organisation ab und wer Führer dieser Gruppe wird, gibt einen großen Teil seines eigenen Ichs ab an die Durchführung der Absichten und Beschlüsse dieser Korporation. So sind wir alle Teile eines Ganzen und des Ganzen wegen da. Wenn gewünscht wird, man solle sagen, worin die Arbeit der Opposition besteht, so will ich darauf nicht eingehen; das Material ist bergedach. Aber etwas anderes:

Als der Parteivorstand hier am Freitag erschien und die „Roten Fellen“, die Mädels und Knaben mit ihren roten Fahnen, mit Pfeifen und Trommellärm durch die Stadt marschierten, da hatten wir nicht das Gefühl, daß das Byzantinismus sei, sondern daß die Arbeiter Kiel und uns ihr Bestes, ihr Kostbares schütten, um uns zu zeigen: Hier, unsere Liebe gehört zur Partei! Das hat uns überwältigt und manchen von uns die Tränen in die Augen getrieben. (Stürmischer Beifall.) Der „Soz. Pressebericht“ brachte einen kurzen, gedrängten Bericht darüber. Das „Sächsische Volksblatt“ schreibt dazu: Der Sozialdemokratische Pressebericht bringt folgendes, überschwänglichstes Stimmungsbild aus Kiel: Sie kommen, sie kommen! — Phil Teufel, sage ich das „Volksblatt“ fortwährend. — Stürmischer Beifall und Zustimmung.) Nicht um uns handelt es sich dabei, sondern darum, daß man jede Gelegenheit benutzt, die Liebe zur Partei zu untergraben. Die Aufgabe jedes Parteigenossen, insbesondere der beamteten Genossen muß es sein, zu fragen: wie mühe und diene ich der Partei! Die kommenden Wahlen wie die Wahlen gegen den Bürgerblock haben der Sozialdemokratie die Macht in die Hand geben wollen. Wir begrüßten und danken den Parteigenossen zu ihrem Erfolg und die mecklenburgischen Kameraden zu ihrem tapferen Kampf.

Wir wollen, daß von diesem Parteitag der Antrieb ausgeht zum Sieg, zur gemeinsamen Schlacht. Das kommt es nicht darauf an, was, sondern wie man es sagt. Das sollten wir lernen. In notwendigen Dingen die Einheit, in streitigen Dingen die Freiheit, vor allem Liebe, vor allem Gerechtigkeit zueinander! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Nach dem Schlusswort des Genossen Bels begannen die Abstimmungen über die Anträge zum Vorstandsbericht. Dem Parteivorstand wurde Entlastung erteilt. Ueber die Abstimmungen sowie über die Referate zum Agrarprogramm berichten wir auf der 2. Beilage.

Konno, 24. Mai. (Til.) Die litauische Regierung wendet sich in einem längeren, von allen Ministern unterzeichneten Aufruf an das litauische Volk. Der Aufruf legt die Gründe dar, die zur Auflösung des Sejm geführt haben, und erklärt, daß eine Volksabstimmung über die Vorschläge der Regierung zur Änderung der Verfassung notwendig sei.

Die Regierung wendet sich gegen die Parteiherrschaft, wie sie vor dem Dezembersturz in Litauen geherrscht habe. Litauen, das noch nicht einmal zehn Jahre bestehe, habe bereits vierzehn Kabinette gehabt, die fast alle nicht vom Sejm, sondern durch Parteibeschlüsse zum Rücktritt gezwungen wurden. Die Minister und höheren Beamten seien nicht vom Sejm, sondern von den Parteiführern bestellt und entlassen worden. Die Folge davon sei gewesen, daß die Widerheiten die Zusammenfassung der Regierung, die Regelung der Ordnung im Lande und die Gesetzgebung bestimmt hätten. Aus diesem Grunde hätte sich die Regierung entschlossen, dem Sejm Verfassungsänderungen vorzuschlagen, und zwar 1. den Staatspräsidenten vom Volk wählen zu lassen, 2. die Wahlzeit auf sieben Jahre auszuweihen, 3. dem Staatspräsidenten größere Rechte zu gewähren, 4. die Abgeordnetenzahl mindestens auf die Hälfte herabzusetzen und den Sejm statt auf drei Jahre auf fünf Jahre zu wählen.

Da die Sejminderheiten nicht zugestimmt hätten und auch ein neuer Sejm seine Zustimmung hierzu nicht gegeben haben würde, könne die Regierung die Wahlen zum neuen Sejm nach dem alten Wahlgesetz nicht gestalten! Sie hält sich viel-

mehr für verpflichtet das Volk über die grundsätzlichen Zukunftsfragen zu befragen. Die Regierung werde die Volksbeschlüsse durchzuführen.

## Deutsche Beschwerde wegen der Memelfrage.

Die Reichsregierung hat nach Erhalt einer Beschwerdechrift der führenden Persönlichkeiten des Memellandes wegen Verletzungen des Memelstatuts auf Grund des Paragraphen 17 des Memelstatuts an den Völkerbund telegraphisch das Ersuchen gerichtet, diese Beschwerde auf die Tagesordnung der nächsten Völkerbundsratssitzung zu setzen.

Wie hierzu von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, bezweckt dieser Schritt der deutschen Regierung vor allem die Herbeiführung einer authentischen Interpretation des Memelstatuts und eine Abstellung der verschiedenen Mißstände, die sich in der letzten Zeit bei der Verwaltung des Memellandes durch Litauen herausgestellt haben. Insbesondere bezieht sich die Beschwerde auf die Auflösung des Landtages, auf die bisher keine Wiederzusammenberufung des Landtages erfolgt ist, die Ausdehnung des Wahlrechts im Memellande auf alle litauischen Staatsuntertanen, die sich zur Zeit der Wahl im Memellande aufhalten, auf den Erfolg der unabhängigen Wahlkreiskommission durch ein autonomes Landesdirektorium, auf die Suspendierung der autonomen Landesverwaltung, auf die Verhängung des Kriegszustandes und die Unterbindung der finanziellen, kulturellen, Justizautonomie im Memellande.

## Ein deutschnationaler Kanossagang.

Sie lernen Parlamentarismus.

Ein Herr Dr. von Siegmund und Stein leitartikel in der „Deutschen Tageszeitung“ unter der Ueberschrift „Parlamentarische Entwicklungstendenzen“ ein „Nachwort zum Republikshuggesetz“. Er kommt zu den sonderbarsten Schlüssen. So schreibt er:

„Sehr merkwürdig wird es nun dem oberflächlichen Beurteiler erscheinen, wenn wir — statt zu entschuldigen oder, was nach seiner Ansicht noch ratsamer wäre: schweigend über die fatale Geschichte hinwegzugehen — im Gegenteil diesen Schritt als einen großen politischen Erfolg der Deutschnationalen rühmen.“

Das erscheint in der Tat sehr merkwürdig! Noch merkwürdiger aber ist es, wenn Herr von Siegmund einige Zeilen später die „ganz klare und folgerichtige Politik“ der Deutschnationalen preist. Ein Gesetz, das von dem deutschnationalen Abgeordneten Graef 1922 als „Feigenblatt für die Anebelung der Opposition und Angstprodukt der Regierung und ihrer Mehrheit“, und vom deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven 1926 als „im schroffsten Gegensatz zum heutigen allgemeinen Rechtsbewußtsein stehend“ bezeichnet wurde, wird durch die gleichen Deutschnationalen als „Leg Westarp verlängert“. Das ist „ganz klar und folgerichtig!“ Wie der bekannte Major aus dem „Simplizissimus“ sagt: „Entweder konsequent oder inkonsequent, meine Herren, — nur das ewige Hinundher ist unerträglich!“ Man entschied sich eben für Inkonsequenz.

Worauf gründet sich dieser große politische Erfolg einer so klaren und folgerichtigen Politik? Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt es:

„Nun ist es klar, weshalb wir die Annahme der Verlängerung des verheerenden Republikshuggesetzes trotz seiner Mängel als einen bedeutsamen Erfolg deutschnationaler Politik bezeichnen: die Partei hat gelernt, die parlamentarische Methode zu handhaben.“

Also wieder einmal: „Beuge dein Haupt, stolzer Sigambrier!“ Der Parlamentarismus, diese „korrupte westliche Erfindung“, die man mit allen Mitteln einer gewissenlosen Demagogie bekämpft hat, ist von den Deutschnationalen adaptiert worden! Und sie rühmen sich laut, „gelernt“ zu haben.

Zum Schluß aber heißt es gar: „Wenn die Annahme des Republikshuggesetzes dazu beitragen sollte, das Verständnis für die parlamentarischen Entwicklungstendenzen in den Reihen der Rechten zu vertiefen, würde sie eine weit über ihre unmittelbare Wirkung hinausreichende Bedeutung erlangen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ kann beruhigt sein! Die Annahme des Republikshuggesetzes wird diese Bedeutung erlangen. Sie wird den mißverständlichen „Parlamentarismus“ der Deutschnationalen, der nichts weiter ist, als ein Festkrampf an Ministeresseln, weitesten Kreisen entlarven.

## Der Kongreß der Völkerbundigen.

Eröffnung am Donnerstag im Reichstag.

In Berlin wird am Donnerstag der 11. Kongreß des Weltverbandes der Völkerbundgesellschaften mit einer Feier im Reichstag eröffnet. Etwa 150 ausländische Delegierte nehmen daran teil, darunter Genosse Lafontaine (Belgien), die Professoren Kulard und Szelle (Frankreich), Sir Willoughby, Dickinson, Lady Gladstone (England), Professor Dembinski (Polen), Boischaster a. D. Warburg (Amerika), von deutschen Politikern u. a. die Reichstagsabgeordneten Graf Bernstorff, Raas, Hoersch, v. Rheinbaben; führende Berliner Sozialdemokraten sind durch den Kieler Parteitag an der Teilnahme verhindert.

Die Delegierten kommen aus 35 Ländern, deren Völkerbundgesellschaften sie vertreten. Diese sind zum Teil politische Interessensorganisationen ihrer Länder, zum Teil lassen sie die nach dem Kriege entstandenen Gesellschaften mit den älteren pazifistischen Organisationen zu Kartellen zusammen. Die Mitgliederzahlen dieser Gesellschaften sind vielfach nicht hoch. Sie werden alle weit von der englischen übertroffen, die nicht weniger als fast eine Million zahlender Mitglieder zählt. Die Bedeutung dieser Gesellschaften und ihrer Kongresse beruht darauf, daß sie durchweg auf die auswärtigen Vertreter ihrer Länder starken Einfluß ausüben.

Eine wichtige Eigentümlichkeit der Völkerbundgesellschaften ist, daß zwar jede dieser Gesellschaften ihr Land vertritt, in ihr aber

die nationalen und religiösen Minderheiten dieses Landes eine international festgesetzte Stimmzahl haben. Für viele Minderheiten war und ist die Mitgliedschaft in diesen Völkerbundgesellschaften und ihrem Weltverbande die erste und einzige Möglichkeit, von einer internationalen Tribüne herab ihre Beschwerden vorbringen zu können. Deshalb hat derjenige, der die Minderheiten am brutalsten unterdrückt, Mussolini, den Vertretern der Deutschen Tirols jetzt die Pässe verweigert. Er will um jeden Preis wie schon seit Jahren verhindern, daß die Anechtung Südtirols von einem internationalen Kongreß diskutiert wird. Der Kongreß wird sich über diesen Versuch des Faschismus, sich seiner internationalen Verantwortung zu entziehen, laut und deutlich zu äußern haben.

Hauptberatungsgegenstand des Kongresses wird eine seit Jahren vorbereitete neue Minderheitenordnung sein. Nicht nur die Ratsmächte des Völkerbundes, sondern jede Minderheit soll verlangen können, daß sich der Völkerbundsrat mit ihren Beschwerden beschäftigt. Die Beschlüsse des Kongresses in dieser Frage werden dem Völkerbund übergeben und dort debattiert werden.

Der Kongreß ist ein Beispiel dafür, wie Schichten, die früher dem internationalen Gedanken feindlich und gleichgültig gegenüberstanden, seit dem Weltkrieg durch Aussprache und Verständigung die friedliche Entwicklung Europas und der Welt zu fördern suchen. In diesem Sinne steht ihm die deutsche Sozialdemokratie sympathisch gegenüber; denn es kann uns nur recht sein, wenn die von dem internationalen Sozialismus geleitete Pionierarbeit für den Frieden von solchen Kreisen übernommen und fortgesetzt wird, die sich zum Teil vor noch nicht allzulanger Zeit gegen den Gedanken einer internationalen Gemeinschaftsarbeit sträubten.

## Das Mussolini-Regime auf der Anklagebank.

Gestern begannen bereits die Beratungen des Minderheitenausschusses des Kongresses. Es fand dort eine aufsehenerregende Debatte über Südtirol statt, die die italienischen Vertreter schon auf früheren Tagungen zu durchkreuzen verstanden hatten. Diesmal gestaltete sich die endlich erzwungene Aussprache zu einer vernichtenden Anklage gegen die Unterdrückungsmethoden Mussolinis. Anführer war insbesondere der Engländer Diebuckton, dessen Mitteilung über die Völkerverweigerung an die südtiroler Delegierten lebhafteste Entrüstung hervorrief. Die Verteidigungsrede des Italieners Villari war sehr schwach und begegnete allgemeinem Widerspruch, besonders als er die Behandlung Südtirols für eine interne Angelegenheit Italiens erklärte, für die Liga unzuständig sei. Aus seinen Ausführungen zur Sache ist das Geständnis zu entnehmen, daß erst der Faschismus einen schärferen Kurs in Südtirol eingeführt habe, nachdem unter dem liberalen Staat die Deutschen die größte Freiheit genossen hätten. (Dieselbe hat der frühere Ministerpräsident Ritti vor 1½ Jahren zur Zeit der großen Auseinandersetzung Stresemann-Mussolini in einem Interview mit dem „Vorwärts“ hervorgehoben. — Red. d. „B.“)

Nach Villari, dessen Erklärungen mit eigenem Schweigen angehört wurden, wies der Engländer Sir Walter Roper auf den deutsch-dänischen Minderheitenschutz hin, der bewies, daß die deutschen Minderheiten keineswegs starrköpfig seien, wenn man sie gut behandle. Er habe die Leiden der Südtiroler mit eigenen Augen gesehen, die in England großes Mitgefühl erzeugt hätten. Er appellierte schließlich an das italienische Volk, sich seiner großen liberalen Traditionen wieder in der Zukunft zu bedienen.

Den Höhepunkt erreichte die Debatte mit einer scharfen Anklagerede der holländerin Frau Bakker, die besonders die Unterdrückung des deutschen Sprachunterrichts behandelte. Ein frecher Ablehnungswortspruch des Italieners brachte diesem nur eine peitschende Absurde ein, indem die Rednerin von dem „Katakombenunterricht“ sprach, der den deutschen Kindern erteilt werde, wie auch die ersten Christen in Rom nur unterirdisch ihre religiösen Feiern hätten abhalten können.

Schließlich gab der Italiener eine Anzahl von Fehlern seiner Regierung zu, lehnte aber die von Frau Bakker eingebrachte Resolution ab.

## Vormarsch Tschangsolins.

Neue Kämpfe um Hankau.

Paris, 24. Mai. (W.T.B.) Havas meldet aus Peking: Obwohl die militärische Lage noch unentschieden ist, scheint sie sich im Honankgebiete zugunsten Tschangsolins zu wenden. Die Streitkräfte Tschangsolins sind bis westlich von Loang zurückgeworfen worden. Die Nordtruppen ergriffen die Offensive in Richtung Hankau, dem Ziel aller militärischen Führer. Längs der Eisenbahnlinie Kienfün—Putau sind Truppen Tschangsolins mit denen Tschangsumtschangs und Suntschangfangs zusammengedrungen.

# Schiedspruch für die Metallindustrie.

## Fünf Ueberstunden ohne Zustimmung des Betriebsrates!

Gestern nachmittag fanden unter dem Vorsitz des Gewerberats Körner die Schlichtungsverhandlungen über den Neuaufschluß des Mantelarifvertrages für die Berliner Metallindustrie statt. Die freien Verhandlungen waren bekanntlich über die Frage der Ueberarbeit nicht hinausgekommen.

Die Berliner Metallindustriellen wollten sich das Recht nicht nehmen lassen, ohne Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung die neunte Stunde auf unbegrenzte Zeit anordnen zu können und leiteten unverhohlen ihren aus der Vorkriegszeit sattem bekannten Herrn-im-Hause-Standpunkt heraus. Wenn sie das auch nicht so kraft zum Ausdruck brachten (im Wandel der Zeiten ändern sich ja auch die Sitten!), so war diese ihre Einstellung jedoch unverkennbar. Nicht anders war ihre Einstellung bei den gestrigen Schlichtungsverhandlungen. Von den Vertretern des Metallartikels wurden nacheinander sämtliche Tarifpositionen durchgenommen, zu denen Änderungsanträge gestellt waren, und diese Anträge sachlich begründet. Die wichtigsten Änderungsanträge seien hier noch einmal inhaltlich kurz zusammengefaßt:

Vor allem war gefordert Wiedereinführung der 46stündigen Arbeitswoche, die Zustimmung einer gesetzlichen Betriebsvertretung, zu jeder Ueberarbeit und die Zahlung eines 25prozentigen Zuschlages für jede über die normale tägliche Arbeitszeit hinausgehende Ueberstunde. Für Ueberstunden über die zehnte Stunde hinaus und für Sonn- und Feiertagsarbeit wurde ein Zuschlag von 50 Proz. gefordert. Weiter wurde verlangt, daß für alle im stehenden Arbeitsprozeß Beschäftigten eine Pause von zehn Minuten pro Stunde gewährt wird und im stehenden Arbeitsprozeß nur in Lohn gearbeitet werden soll. In der Urlaubsfrage wurden unter anderem Verbesserungen dahingehend gewünscht, daß jeder Arbeiter nicht mehr nach sechsmonatiger, sondern bereits nach dreimonatiger Beschäftigungsbauer in einem Betrieb Anspruch auf Urlaub hat, und daß allen Arbeitern ein längerer Urlaub als bisher gewährt wird. Wie üblich, lehnte

der B.M.A. auch gestern wieder jedes Zugeständnis ab, so daß nach etwa dreistündigen Auseinandersetzungen sich der Schlichtungsausschuß zurückzog und nach wiederum zweieinhalbstündiger Beratung einen Schiedspruch fällte, der im wesentlichen folgendes bejaht:

Die reine Arbeitszeit beträgt in der Woche 48 Stunden. Je nach der Eigenart oder den wirtschaftlichen Bedürfnissen können für den Betrieb oder Gruppen von Arbeitnehmern an den Wochentagen von Montag bis Freitag einschließlich

Ueberstunden bis zu einer Stunde Dauer je Tag angeordnet werden. Ohne Genehmigung der gesetzlichen Arbeitervertretung darf die Arbeitszeit innerhalb von 12 Wochen 51 Stunden im Wochendurchschnitt nicht übersteigen.

Für alle Ueberstunden über diese Dauer hinaus bedarf es der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung. Für Ueberstunden über die normale achtstündige Arbeitszeit hinaus muß ein Zuschlag von 15 Proz. gezahlt werden, für Ueberstunden an Sonn- und Feiertagen 50 Proz. Weiter wurde durch eine Protokollnotiz festgelegt, daß der § 3 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 ausgeschlossen wird, der dem Unternehmer gestattet, an 30 Tagen im Jahre, je nach Wahl, bis zu zwei Ueberstunden pro Tag anordnen zu können. Ebenfalls gilt der Ueberstundenzuschlag unbeschadet der Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung für alle Arbeitnehmer. Die Forderung des Metallartikels in bezug auf die Einlegung von Pausen bei stehendem Arbeitsprozeß, die Verbesserung des Urlaubs usw. werden in dem Schiedspruch nicht berücksichtigt. Der Schiedspruch bringt infolgedessen eine Verbesserung in bezug auf die Arbeitszeit, daß er den Arbeitnehmern nicht zugestimmt, unbegrenzt Ueberstunden anordnen zu können.

Zu diesem Schiedspruch werden die Funktionäre des Metallartikels Donnerstag vormittag im Saalbau Friedrichshain Stellung nehmen. Die Erklärungsfrist für den Schiedspruch läuft bis zum 1. Juni.

## Streik bei Zwietsch.

### 30 Prozent Abzug — keine Zulage.

Sechs Abteilungen der Firma Zwietsch-Charlottenburg hatten eine Lohnhöhung von 10 Proz. beantragt. Nachdem die Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und der Firma gescheitert waren, reichte der Metallarbeiterverband dem Verband Berliner Metallindustrieller die gleiche Forderung ein. Leider war es nicht möglich, die Firma im Verhandlungswege zu einer Verständigung zu bewegen; die Firma lehnte es konsequent ab, selbst über den B.M.A. die Differenz beizulegen. In einer nochmaligen Verhandlung mit dem Betriebsrat bewilligte die Firma für den Werkzeugbau und für die Abteilung Rohrpost eine Zulage von nur 3 Pf. pro Stunde, während für die anderen Abteilungen wie Dreherei, Schlosserei, Maschinenschlosserei und Tischlerei keine Zulagen gegeben werden sollten, obwohl im vorigen Jahre Abzüge von 15, zum Teil sogar bis 30 Proz. gemacht wurden. In der Versammlung, die gestern stattfand, beschloß deshalb die in den Abteilungen beschäftigten Arbeiter, den ablehnenden Standpunkt der Betriebsleitung nur mit Streik beantworten zu können. Deshalb treten die Arbeiter obengenannter sechs Abteilungen ab heute früh geschlossen in den Streik.

## Der Schwerbeschädigte in der Knorrbremse.

### Rationalisierung oder Schikanierung?

Ein Schwerbeschädigter M. war seit 1919 im Betriebe der Knorrbremse als Revisor beschäftigt. Da er bei dieser Arbeit sitzen konnte, so verzichtete sie ihm keine Beschwerden. Aber mit seinem Revisor stand er sich nicht gut. Es gab manchmal kleine Reibereien, deshalb war ihm der Revisor nicht gerade wohlgefallen. — Kürzlich wurde M. in eine Abteilung des Betriebes versetzt, wo er Schloßerarbeiten zu verrichten hatte. Verhältnismäßig leichte Arbeit zwar, aber sie mußte stehend ausgeführt werden. Das konnte M. nicht vertragen. Er ist mit einem chronischen Darmleiden behaftet und das verschlimmerte sich bei andauerndem Stehen. M. fühlte alle Hebel in Bewegung, um wieder zu einer Arbeit zu kommen, bei der er sitzen konnte. Aber seine Vorstellungen und der Hinweis auf sein Leiden waren vergebens. — M. ist der Meinung, er habe seine Verletzung dem Revisor, mit dem er in gespanntem Verhältnis lebt, zu danken. Die Betriebsleitung versichert jedoch, davon könne keine Rede sein. Rationalisierung, Umstellung des Betriebes. Das sei die Ursache, die es unmöglich mache, M. als Revisor weiterzubeschäftigen. Er sei gelernter Schlosser und müsse nun leichte Arbeiten am Schraubstock verrichten. Eine Beschäftigung, die liegend ausgeführt werde, könne ihm nicht geboten werden.

M. arbeitete also am Schraubstock. Was er befürchtet hatte, trat nur zu bald ein. Sein Darmleiden verschlimmerte sich derart, daß er mehrere Wochen das Krankenbett hüten mußte. Als ihn der Vertrauensarzt für gesund und arbeitsfähig erklärt hatte, fühlte sich M. durchaus noch nicht gesund. Aber er mußte sich doch zur Arbeit melden. Wieder wurde ihm sein Platz am Schraubstock angewiesen. M. erhob dagegen Einspruch. Er verlangte, daß man ihn liegend beschäftige. Eine solche Arbeit werde sich in dem großen Betriebe wohl für ihn finden, wenn der gute Wille vorhanden sei. Aber es blieb dabei: M. sollte die Schloßerarbeit wieder aufnehmen. — Das tat er nicht, denn er wollte den Rest seiner Arbeitsfähigkeit nicht völlig vernichten. Er verließ die Arbeitsstätte, weil er sich trotz vertrauensärztlicher Bescheinigung noch krank und zu der ihm angebotenen Arbeit nicht fähig fühlte. Einige Tage später wurde er von einem anderen Arzt wieder krank geschrieben.

Inzwischen hatte die Firma den Schwerbeschädigten M. wegen „unbefugten Verlassens der Arbeit“ fristlos entlassen. Hiergegen klagte er beim Gewerbeamt mit dem Antrage, festzustellen, daß die fristlose Entlassung unbegründet sei und das Arbeitsverhältnis fortbestehe. Die Klage wurde von der Kammer 8 abgewiesen mit der Begründung, der Kläger habe die Arbeit unbefugt verlassen, er sei zur fraglichen Zeit nicht nachweislich krank gewesen.

Ja: Nachweislich krank war M. allerdings nicht, denn der Vertrauensarzt hatte ihn ja gesund geschrieben. Aber er ist doch durch die Arbeit am Schraubstock nachweislich

krank geworden. Kann man ihm denn zumuten, diese Arbeit wieder aufzunehmen, mit der sicheren Aussicht, daß er dadurch in ganz kurzer Zeit wieder nachweislich krank werden würde? Was hat übrigens die Beschäftigung von Schwerbeschädigten für einen Zweck, wenn der Arbeitnehmer bei der Zuweisung von Arbeit nicht die besonderen Leiden und körperlichen Mängel der Betroffenen berücksichtigt? Wenn ein Großbetrieb wie die Knorrbremse einem Schwerbeschädigten, der das Stehen nicht vertragen kann, keine sitzend zu verrichtende Arbeit geben zu können behauptet, so ist das wohl nicht ausschließlich durch die Umstellung des Betriebes bedingt.

## Deutschnationale Reiniger.

### Sie zahlen Hungerlöhne auf Kosten der Öffentlichkeit.

Die grenzenlose Unehrlichkeit des deutschnational gesinnten landwirtschaftlichen Unternehmertums fand vor kurzem bei der Beratung des Landwirtschaftsetats im Preussischen Landtag durch einen Zwischenfall eine überaus drastische Beleuchtung. Auf eine Bemerkung des deutschnationalen Abgeordneten Hillger-Spiegelberg während der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Brandenburg kam aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion der Ruf: „Arbeitslosen haben Sie 12 Pfennig für die Stunde gezahlt.“ Um sich zu rechtfertigen, verlas tags darauf Hillger-Spiegelberg ein Schreiben des Magistrats Reustadt a. d. Dosse, in dem folgendes gesagt wird:

„Der Gutsbesitzer Hillger-Spiegelberg war nach Rücksprache mit dem Unterzeichneten bereit, den Erwerbslosen, damit dieselben noch einen Verdienst erhielten, Arbeit zu geben. Er ließ durch die Erwerbslosen Arbeiten verrichten, die er sonst nicht hätte ausführen lassen. Die betreffenden Arbeiter erhielten neben der vollen Erwerbslosenunterstützung einen Stundenlohn von 20 Pfennig.“

Danach steht fest, daß der Gutsbesitzer Hillger-Spiegelberg erwerbslose Arbeiter, die in Reustadt a. d. Dosse die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen, auf sein Gut nahm und bestimmte Arbeiten gegen Zahlung eines Stundenlohnes von sage und schreibe 20 Pfennig verrichten ließ. Ein deutschnationaler Landtagsabgeordneter ließ also auf seinem Gut Arbeiten auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge ausführen! Hillger-Spiegelberg gehört zu der Partei, die die Erwerbslosenfürsorge als eine der torrumperendsten Errungenschaften der Staatsumwälzung bezeichnet. Ein Reiniger!

## Betriebsratwahl bei der deutschen Reichspost.

### Erfolg der freigewerkschaftlichen Liste.

Die Betriebsratwahlen bei der deutschen Reichspost fanden am 15. und 16. Mai statt. Die bisher bekanntgewordenen Wahlergebnisse weisen einen bedeutenden Erfolg der freigewerkschaftlichen Liste auf. Im O.P.D.-Bezirk Berlin wurden für die Liste I (freigewerkschaftliche) 8244 Stimmen abgegeben, 1000 mehr als im Vorjahr. Die Liste II (christliche) erhielt 1271 Stimmen. Im O.P.D.-Bezirk Leipzig erhielt die Liste I (freigewerkschaftliche) 1900 und die Liste II (christliche) 166 Stimmen. Im O.P.D.-Bezirk Dresden erhielt die Liste I 1790 Stimmen und die Liste II 392 Stimmen. Im O.P.D.-Bezirk Breslau erhielt die Liste I (freigewerkschaftliche) 1269 Stimmen, die Liste II (christliche) 140 Stimmen.

## Jouhaux gegen den Faschismus.

Aus Mailand wird uns berichtet: Die Drohung des Unterstaatssekretärs im faschistischen Außenministerium, Grandi, der in der Kammer erklärt hatte, die italienische Vertretung werde aus dem Internationalen Arbeitsamt herausgezogen, falls sich der Protest gegen die Vertreter der faschistischen Arbeiter wiederholen würde, war nichts als ein Erpressungsversuch. Zu dieser Frage hat daher Jouhaux, der Vorsitzende der französischen Delegation beim Internationalen Arbeitsamt, scharf umrissene und unabweisliche Erklärungen abgegeben:

„Ich kenne“ — so erklärte er der „Liberté“ — „die Rede Grandis und die faschistischen Pressekommentare; mit beiden habe ich mich in einem für den „Operaio Italiano“ geschriebenen Artikel auseinandergesetzt. Es handelt sich um leere Drohung.“

gen. Der Faschismus macht sich nur lächerlich, wenn er sich vornimmt, die freie Äußerung der Arbeitermeinung außerhalb des Landes zu verhindern, indem er mit Gewalt regiert. Der Protest der Arbeiter wird auch in diesem Jahre in Genf erfolgen, wie er in den vorigen Jahren erfolgt ist. Die Gewerkschaftsorganisationen werden von dem ihnen vertraglich zustehenden Rechte Gebrauch machen, um den faschistischen Korporationismus zu entlarven, der nichts als ein gefährlicher Gegenzug gegen die Arbeitergewerkschaften ist. Man kann die Vertreter der Arbeiterbewegung nicht dazu zwingen, etwas in ihrer Brust zu bergen, was sie für wertlos halten. Trotz der Rede Grandis und trotz der Forderungen des „Lavoro d'Italia“ wird sich in Genf nichts an der Haltung der Arbeiterorganisationen gegenüber dem faschistischen Korporationismus ändern!“

## Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts.

Genf, 24. Mai. (W.F.B.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts trat Dienstag vormittag unter Vorsitz des Delegierten der französischen Regierung Arthur Fontaine zu einer Sitzung zusammen, die mit der Prüfung des Berichtes des Direktors des Arbeitsamts Albert Thomas begann. Die Arbeiterdelegierten Boulton-Großbritannien und Dubogest-Holland traten neuerdings für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ein. Der Verwaltungsrat hat die Einladung der Reichsregierung, eine seiner nächsten Tagungen in Berlin abzuhalten, angenommen. Der Verwaltungsrat wird infolgedessen im Oktober dieses Jahres seine regelmäßige Herbsttagung in Berlin abhalten.

## Zum Streik der rheinisch-westfälischen Straßenwalzenmaschinenisten.

Vom Zentralverband der Maschinen- und Heizer erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Westdeutsche Straßenwalzenbetrieb in Köln-Deutz gibt sich die größte Mühe, die Streikenden zur Aufnahme der Arbeit zu veranlassen. Je nachdem, wie der einzelne veranlagt ist, versucht man es mit Versprechungen oder Drohungen. Erfolg hat diese noble Firma mit diesen Androhungen noch nicht gehabt und wird ihn nicht haben.

Kunmehr versucht die Firma unter Vorspiegelung fasscher Tatsachen Arbeitswillige anzuwerben. Aus Thüringen hat sie einige Leute herangelockt, um ihre stillstehenden Walzen in Betrieb zu setzen. Auch damit hatte sie bisher kein Glück. Die nach Köln gebrauchten Leute haben nach erfolgter Klärung sofort die Arbeit wieder eingestellt und sind in ihre Heimat abgereist.

## Streik im Dombrowaer Grubengebiet.

Warschau, 24. Mai. (W.F.B.) Im Grubengebiet von Dombrowa ist gestern wegen Lohnfreitragkeiten ein Streik der Metallarbeiter ausgebrochen. Der Ausstand umfaßt vorläufig 10 000 Arbeiter.

Die Tarifvereinbarung für das Glasergewerbe ist nunmehr, wie uns vom Deutschen Bauergewerksbund mitgeteilt wird, auch von den Unternehmern angenommen worden. Damit haben die neuen Lohnsätze Gültigkeit.

Achtung, Zimmerer! Die über die Firma Kolodziej, Reustadt, Kaiser-Friedrich-Straße 99/100, verhängte Sperre besteht noch; alle Baustellen der Firma sind zu meiden.

Ausgehobene Sperren. Den Tarifvertrag des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten haben anerkannt: Restaurant Sportidentmal, Grünau, Inh. Wich und Restaurant Bismarckwarte, Inh. Robert Carl, zwischen Rüttger- und Langens.

Gesperrete Gastwirtsbetriebe. Wegen Tarifbruch resp. Nichtanerkennung des öffentlichen Arbeitsnachweises sind folgende Betriebe für organisierte Arbeitnehmer des Gastwirtsberufes gesperrt: Bürgergarten, Pantow, und Pantow am Kaiserplatz, Inh. Hilgenert, Lindners Konzerthaus, Pantow, Breite Straße, Café und Restaurant von Raifische, Grünheide.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, 25. Mai, 7 1/2 Uhr, legen die Gruppen: Westfälische Jugendheim Jugendheim Bergstr. 20, Dof. Kulliger Abend. — Westfälische Jugendheim Leichter Str. 18-19, Vortragsabend. — Charlottenburg 1: Gruppenheim Jugendheim Deutsches Kranfensanatorium, Berliner Str. 157, Vortragsabend. — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Eberswalder Str. 16, Vortragsabend. — Baumhüttenweg: Jugendheim Baumhüttenweg, Ernststr. 16, Vortragsabend. — Weihen: Jugendheim Furtstr. 36, Vortragsabend. — Das neue China. — Zentrum: Jugendheim Schindler Str. 24-25, Vortragsabend. — Die heutige Berufslehre. — Franzosen Allee und Sandbergstr. 10, Spielplatz Ebingen Straße, Wieke Str. 1, Eintritt nur mit Bräutchen. — Schöneberg: Jugendheim Birkenstraße, Berliner Straße, Zusammenkunft. — Kulturabteilung: 7 Uhr, Programm: 1. Swan der Scherliche, 2. Erörterungen der Korrerstoffe.

Jugendgruppe des JdV. Heute abend 7 1/2 Uhr finden folgende Veranstaltungen statt: Bezirk Reustadt: Jugendheim Rogatzke, 33. Gruppenabend, fällt aus, wir geben auf. — Bezirk Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Hürlingsstimmer). — Zentrum: Arbeiterbildungsverein. — Bezirk Wedding-Belvedere: Jugendheim Schönhafer Str. 1 (Schönhafer), 3. Etz. — Stadt und Bld des Verbandes. — Bezirk Ostern: Jugendheim der Schule Haupt Str. 18, Weigell. — Seelenverfassung der Jugend. — Bezirk Charlottenburg: Jugendheim Köpenicker Str. 4, Vortragsabend. — Turnabend von 8-10 Uhr in der Turnhalle der Schule Haupt Str. 20. (Turnstunden mitbringen.)

Besantworlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: G. Steiner; Kunstleben: R. D. Pfeiffer; Lokales und Sonstiges: Feig Herzfeld; Anzeigen: H. Glade; Amtlich in Berlin, Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin, Brud., Hermann-Berlag-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Stern 2 Telefon und „Unterhaltens und Wissen“.

**Continental**  
Fahrrad- u. Kraftfahr-Reifen

besitzen alle Eigenschaften, die man von hochwertigen Reifen verlangt. Sie sind elastisch, dauerhaft, billig im Gebrauch und aus bestem Gummigewebe gefertigt.

# ENVER BEV GOLD 5 ist die beste Zigarette



Die 24-Stunden-Zeit hat, unmerklich fast, im öffentlichen Leben in Deutschland ihren Einzug gehalten.

Zeitbestimmung.

Wenn man sich notiert hat, um wieviel man seine Uhr während der Reise zurückgestellt hat, so löst sich das Problem allerdings ganz einfach.

Die Uhrzeit in Europa.

Freilich kann man von Deutschland durch die Schweiz nach Italien, zurück über Österreich, Schweden, Norwegen, Dänemark

mit einer gutgehenden, in Deutschland regulierten Uhr reisen, ohne Gefahr zu laufen, den richtigen Zug zu verpassen.

Ein Tag zählt doppelt — oder gar nicht.

Hierin liegt eine Schwierigkeit, die sich besonders bei Weltreisen empfindlich bemerkbar macht.

So gibt es durch die Uhr zwar eine Weltzeiteinheit, aber keine Weltzeit. Doch kann man an Hand der Fahrpläne aus anderen Ländern und Erdteilen genaue Reiserouten aufstellen.

Die Brücke im Dschungel.

Sitten- und Stimmungsbild aus dem Innern Mexikos.

10] Von B. Traven.

Copyright 1927, by B. Traven, Tamalipas (Mexiko).

Sogleich wird ihm ein Esel angeboten. Und als er abreitet, kommt ein anderer Junge mit einem Esel an, um ihn zu begleiten.

„Habt Ihr auch Zündhölzer?“ ruft der Pumpmeister hinter ihnen her.

„Wir haben genug,“ wird ihm zurückgerufen.

Die Garza wird immer aufgeregter. Die leise Hoffnung, die sie hatte, als die Leute alle so zuversichtlich waren, der Junge müsse in Magiscagin sein, ist völlig verfliegen.

Mit dieser endgültigen Wiedertehr der Gewissheit verfliegt der flackernde Blick aus ihren Augen. Sie rasst sich zusammen.

Sie eilt hinweg, zurück über die Brücke, heim in die häusliche Hütte. Eine Minute darauf steht man sie auf der anderen Seite des Flusses mit einer Laterne durch die Gebüsche am Ufer streifen.

Eine Welle steht sie dann dräuben am Ufer, überlegend, was wohl zu tun sei. Die Laterne hängt am Arm lang herunter und beleuchtet die so festlich gekleidete Frau.

Gruppen und schauen hinüber zu der einsamen Mutter, die mit der Laterne am Ufer steht, um nach ihrem einzigen Kinde zu suchen.

Es gehen einige Männer hinüber, um der Frau beim Suchen zu helfen. Sie kriechen ziellos in dem Dornengebüsch herum.

Die Frau bewegt sich langsam auf die Brücke zu. Während sie über die Brücke geht, leuchtet sie bei jedem Schritt in das Wasser hinunter.

Sie ist nun wieder auf dieser Seite. Die Pumpmeisterin legt ihr die Hand auf die Schulter und redet tröstend auf sie ein.

„Carlo ist nicht fortgeritten,“ die Garza sagt es mit großer Bestimmtheit.

„Ach, Kinder!“ erwidert die Pumpmeisterin. „Sie haben nur das eine, da wissen Sie nicht viel über Kinder.“

Die Garza hat die Laterne vor sich auf den Erdboden gestellt. Sie dreht sich um und blickt mit schweren müden Augen zum Fluß hinüber.

Erstarrt stehen die Anwesenden, als habe der Bliz zwischen sie eingeschlagen. Die Pumpmeisterin kann vor Entsetzen kaum schlucken.

Sage auf dem Längengrad bestimmte Ortszeit, die auf Reisen unter Umständen ein dauerndes Hin- und Zurückstellen der Uhr erforderte.

Heim für weibliche Lehrlinge.

Vor nicht allzulanger Zeit wurde in der Presse auf die Umwandlung des „Rolle-Stütes“ in ein Heim für männliche Lehrlinge berichtet.

Wenn nun auch reiflos anerkannt werden soll, was hier der Direktor des städtischen Waisenhauses mit den bescheidensten Mitteln geleistet hat, so wäre es doch sehr zu begrüßen, wenn sich der Magistrat endlich entschließen würde, auf den dem Waisenhause resp. dem Kinderasyl gehörigen Grundstücken in der Köröfferstraße einen Erweiterungsbau aufzuführen.

föhlt sich erlöst von einem Klumpen, der ihr seit langem in der Kehle gelegen hat und sie zu ersticken drohte.

Während die Leute noch wie entgeistert sind, nicht wissen, was sie tun oder sprechen sollen, redet die Garza frisch weg, um sich noch mehr Luft zu schaffen.

„Der Junge war ja so wild und ausgelassen den ganzen Abend. Er wußte ja kaum, was er tat und wo er rannte.“

Niemand hat sie unterbrochen, und eine gute Weile spricht kein einziger der Zuhrenden.

Ich blicke seitwärts, und meine Augen treffen die des Gleigh, der im gleichen Moment aufschaut und mich ansieht.

„Nein, nein,“ sagt nun ein Mann, „das würde man sicher gehört haben. Das pflischt doch, wenn so ein Junge in den Fluß fällt.“

„Natürlich,“ mischt sich nun der Pumpmeister ins Gespräch, „ich kenne doch den Jungen; es verging kein Tag, wo er nicht hier herumgeschwommen und herumgeplanzt hat im Wasser.“

Die Garza jedoch stöhnt einen tiefen Seufzer aus. Sie

## Urteil im Bartels-Prozess.

### Regierungsrat Bartels freigesprochen.

In der Berufungsverhandlung gegen Regierungsrat Bartels wurde gestern das Urteil der Großen Strafkammer des Landgerichts I verkündet. Die Berufung des Staatsanwalts wurde verworfen. Auf die Berufung der Angeklagten wurde das Urteil der ersten Instanz aufgehoben, und Regierungsrat Bartels, der frühere Leiter des Fremdenamtes im Polizeipräsidium, auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Bei dem Mitangeklagten Kriminalassistenten Köthe wurde die erkannte Strafe auf 2 Monate herabgesetzt, und es kam auch die Überweisung zur Bekleidung öffentlicher Aemter, die auf 3 Jahre vom Schöffengericht verhängt worden war, in Fortfall. Nach der Verkündung des Urteils brach Regierungsrat Bartels in einem plötzlichen Nervenschock zusammen, so daß die Begründung des Urteils ausgelesen werden mußte. Bartels, der einen Weintramp hatte, konnte sich lange Zeit nicht erholen.

Der Fall Bartels, des ehemaligen Leiters des Fremdenamtes am Polizeipräsidium, hat seinerzeit viel Staub aufgewirbelt. Alle, die die humane Art dieses Mannes schätzen gelernt hatten, bedauerten lebhaft das Unglück, das ihm zugefallen war. Man konnte sich damals des Eindrucks nicht erwehren, als sei er mehr das Opfer Holzmannscher Lockfünke und in gewisser Beziehung auch Opfer seines eigenen Leichtsinns geworden, als Verleher seiner Beamtenpflichten. Das Urteil erster Instanz, das in Abwesenheit Holzmanns gefällt werden mußte, hatte eine Reihe Bedenken hervorgerufen. Nachdem aber Holzmann wegen Bestechung Bartels freigesprochen worden war, durfte man auch für den letzteren ein ähnliches Urteil erwarten. So war es auch weiter nicht verwunderlich, daß der Staatsanwalt den Freispruch Bartels hinsichtlich der Bestechung Holzmanns und die Freigabe der beschlagnahmten angeblichen Bestechungsgelder beantragte. Das Gericht ging über diesen Antrag noch hinaus und sprach Bartels in jeder Hinsicht frei. Da dieser Freispruch nicht mangels Beweises, sondern aus dem Grunde erfolgt ist, weil Bartels Beziehungen zu Holzmann nicht als Bestechung gewertet werden konnten, so ist Bartels als rehabilitiert zu betrachten. Der Vorliegende hat in seiner Urteilsbegründung hervorgehoben, daß Bartels sich schlimmstenfalls Handlungen habe zuschulden kommen lassen, die auf dem Disziplinarwege zu verfolgen seien; soweit ist die Angelegenheit des Regierungsrats Bartels strafrechtlich erledigt.

### Das Urteil im Juwelenraubprozess.

Die Bemühungen der drei Angeklagten in dem Juwelenraubprozess, durch die Stellung von Alibizeugen aus dem Gefängnis die Verhandlung nochmals zum Scheitern zu bringen, waren vergeblich. Es hatte sich wieder ein Gefangener gemeldet, der genau wissen wollte, wer es gewesen sei, aber den Namen zu nennen sich weigerte. Durch einen beauftragten Referendar, der ins Gefängnis geschickt wurde, konnte festgestellt werden, daß dieser „Gewährsmann“ der Brüder Jasse gegenwärtig in der Lohbuckelstraße der Irrenabteilung des Gefängnisses in der Behrler Straße sich befindet. Staatsanwaltschaftsrat Voth hielt die Angeklagten für überführt und beantragte gegen Alfred Jasse zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus, Willi Jasse zwei Jahre Zuchthaus und gegen Otto Berndt wegen Hehlererei drei Jahre Gefängnis, gegen alle dreijährigen Ehrverlust. Das Schöffengericht kam zu einer milderen Beurteilung der Tat, und verurteilte Alfred Jasse zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Willi Jasse zu ein Jahr sechs Monaten Gefängnis, sowie Otto Berndt wegen Hehlererei zu zwei Jahren Gefängnis. Die Angeklagten erhielten außerdem je drei Jahre Ehrverlust, und es wurde ihnen die Untersuchungshaft angerechnet.

### Urteil im Bewag-Attentatsprozess.

Das Schwurgericht I verurteilte heute mittag den Bureaudienster Lemm, der durch mehrere Revolverschläge den Personalführer der Bewag im Direktionsgebäude am Schiffbauerdamm getötet hatte, wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todeserfolg zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis.

## Der Oranienburger Raubmord.

### Die Berufung des Angeklagten verworfen.

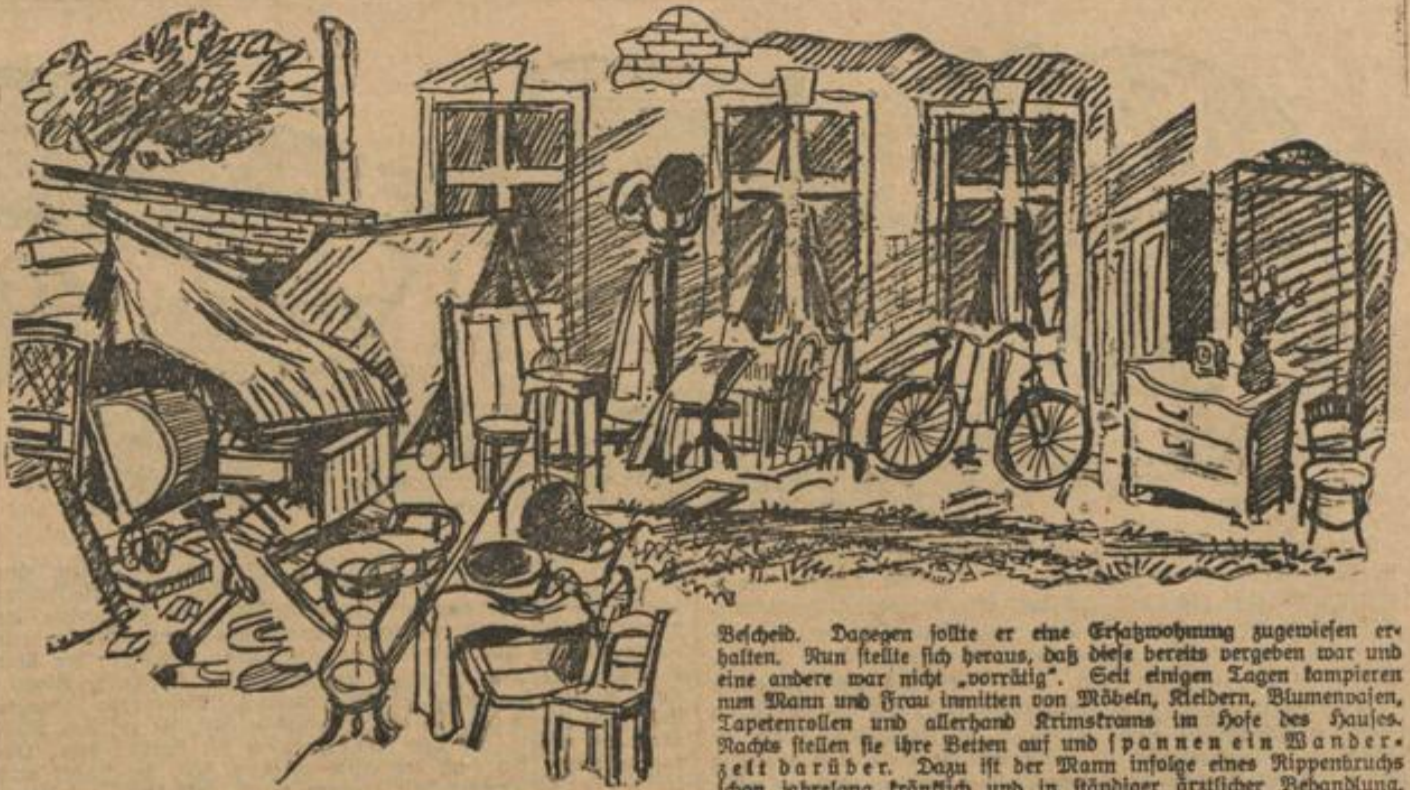
Der 16jährige Ernst M., der dreifache Mörder der Familie Dobrin in Oranienburg, hat in der ersten Instanz mit aller Energie bestritten, das alte Ehepaar und deren Tochter mit Ueberlegung getötet zu haben; er habe es vielmehr aus Angst getan, sie würden ihn in die Fürsorgeanstalt zurückbringen. Als das Gericht ihn trotzdem wegen Mordes zu zehn Jahren Gefängnis verurteilte, erklärte er sofort, Berufung einlegen zu wollen. Jetzt stand er nun vor der Berufungskammer unter dem Vorsitz des Sondergerichtsdirektors Siegert. Neugierlich hat der Sechzehnjährige sich während der anderthalb Monate zum Raubmord verändert: seine Gesichtsfarbe ist noch weniger rein, sein Auge noch verschwommener als früher; seine Erklärungen sind aber nicht minder wohlgeformt, bestimmt und sicher; seine vollkommene Affektlosigkeit fällt noch mehr auf.

Er blieb auch jetzt dabei, daß er keinen Mord begangen habe, sondern nur einen Todschlag. Landgerichtsdirektor Siegert hielt ihm die Unglaublichkeit seiner Behauptungen entgegen; er habe doch die drei Leute nicht zu erstechen brauchen, es hätte ja einfach genügt, wenn er seiner Wege gegangen wäre. Das habe er nicht überlegt, antwortet der Angeklagte. Revolver und Messer hat er zur Abwehr für den Fall gebraucht, daß man ihn in eine Anstalt zurückbringen wollte. Gegen die 10 Jahre Gefängnis scheint der Sechzehnjährige nichts einzuwenden zu haben; er will aber nicht ins Leben als Raubmörder zurückkehren. Dr. Störmer wiederholte sein Gutachten aus der ersten Gerichtsverhandlung: es habe wohl anfangs den Anschein gehabt, daß Symptome von Jugendirresein bei dem Angeklagten aufzuweisen seien, doch sei das Bild dieser Krankheit bei ihm nicht vollständig, er müsse daher als geistesgesund erklärt werden. In der gestrigen Gerichtsverhandlung war auf Veranlassung des Jugendamtes auch das Mittel der Obersten Gutachterstelle der ärztlichen Kommission, Professor der Psychiatrie Dr. Kramer, als Sachverständiger erschienen. Aus einem bestimmten Krankheitsabschnitt aus dem Leben des jungen Menschen glaubte er schließen zu müssen, daß er damals dem Jugendirresein unterlegen sei. Das habe eine Veränderung in seiner Persönlichkeit, eine Abstumpfung des Gemütslebens zur Folge gehabt. Es liege der Verdacht vor, daß der Angeklagte sich am Anfangstadium des Jugendirreins befinde und das Verbrechen als Ausfluß dieses Zustandes zu werten sei. Erst eine Beobachtung in der Irrenanstalt würde aber ein abschließendes Urteil darüber gestatten. Der Antrag des Sachverständigen, den Angeklagten einer Irrenanstalt zu überweisen, fand jedoch wenig Gegenliebe bei dem Vorsitzenden, der es nicht verstehen wollte, daß diese feilische Abstumpfung als Krankheitsphänomen betrachtet werden könnte. Professor Kramer blieb jedoch trotz aller Vorhaltungen des Vorsitzenden und der entgegengelegten Meinung Dr. Störmers bei seiner Ansicht. Das Gericht lehnte den dahinzuliegenden Antrag des Verteidigers ab und verwarf die Berufung des Angeklagten; er sei völlig gesund, seine Tat sei als dreifacher Mord in Lateinheit mit verlustem Raub zu werten.

### „Artilleriehauptmann Dr. Berndt.“

Den Heiratschwindel im großen betrieb ein Mann namens Berndt, der gestern unschuldig gemacht wurde. Der Schwindler suchte und fand seine Opfer nicht nur in Berlin, sondern auch in der Provinz und im Reich. Er gab sich für einen ehemaligen Artilleriehauptmann aus, erzählte den Damen, daß er nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst den Dr. jur. gemacht habe und jetzt in Berlin eine große Holzbearbeitungsfabrik einrichten wolle. Auf diese Branche sei er durch seinen Vater gekommen, der Holzgroßhändler, zugleich aber auch

# Das Zeltlager auf dem Hof.



Wieder eins der fast alljährlich gemordeten Kapitel traurigsten und erbärmlichsten Menschenseins. Im Hause Uhländstr. 60 hatte der Tapezierer B. einen Laden mit Wohnung inne. Das Geschäft ging schlecht, der Mieter rückstand hatte die ansehnliche Höhe von 450 M. erreicht und der Hauswirt machte von seinem Rechte der Exmission Gebrauch. Der Mieter wandte sich an das Wohlfahrtsamt mit der Bitte, ihm auf seine Möbel ein Darlehen zur teilweisen Tilgung der Schuld zu gewähren, erhielt jedoch abschlägigen

Bescheid. Dagegen sollte er eine Ersatzwohnung zugewiesen erhalten. Nun stellte sich heraus, daß diese bereits vergeben war und eine andere war nicht „vorläufig“. Seit einigen Tagen kompiert nun Mann und Frau inmitten von Möbeln, Kleidern, Blumenpöfen, Tapetenrollen und allerhand Krimstrans im Hofe des Hauses. Nachts stellen sie ihre Betten auf und spannen ein Wandernetz darüber. Dazu ist der Mann infolge eines Rippenbruchs schon jahrelang trübsinnig und in ständiger ärztlicher Behandlung. Die Kinder der Eheleute haben mitleidige Nachbarn in Obhut genommen. Durch den heftigen wolkenbruchartigen Regen der letzten Tage ist das armeeliche Häufchen völlig aufgeweicht und bloß noch für Kleinholz verwertbar. Von der Lage der Menschen, die sich fürs Leben einen bedenklichen Knacks an Körper und Seele weggehoben, ganz zu schweigen.

Was geschieht in diesem Falle? Für Montag wurde den Leuten Hilfe in Aussicht gestellt, bisher ist jedoch nichts geschehen.

Gutsbesitzer und Bürgermeister sei. Alles das machte auf heitralistische Mädchen und Witwen einen großen Eindruck. Bewerberinnen in der Provinz und im Reich, die ihm auf seine Heiratsgefuche schrieben, besuchte er einmal persönlich. Dann erreichte er sein Ziel auch durch einen regen Briefwechsel; so sandte ihm eine Badenerin 5000 M. und eine Württembergerin einen ähnlichen Betrag postlagernd nach Berlin. Als sie endlich von dem „Beutigen“, der die offizielle Vertretung für die nächste Zeit versprochen hatte, nichts mehr hörten, kamen sie hierher und waren enttäuscht, ihn nirgends zu finden. Den Bewerberinnen ging es nicht besser. Gestern wurde der Schwindler in einer Pension am Kurfürstendamm ermittelt und festgenommen.

## Eine Defraudantenbande verhaftet.

### Der Postraub in Königshütte.

Die Gesellschaft, die das Postamt in Königshütte um 1 1/2 Millionen Zloty schädigte und mit der Beute über die deutsche Grenze verschwand, ist hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Die Hauptperson dabei war der 29 Jahre alte Postassistent Karl Rehler aus Königshütte, der seit dem 13. April d. J. verschwunden war. Nachträglich wurde festgestellt, daß auch sein Bruder Wilhelm, ein Mann von 26 Jahren, seine Hand im Spiel hatte. Auf die Festnahme der Defraudanten legten die polnischen Behörden eine Belohnung von 1000 Goldmark aus, außerdem 4 Proz. der wiederbeschafften Summe. In Frankfurt a. M. kamen nun zweimal je 1000 Zloty auf einer Bank zum Umtauschen. Dann erschien ein Mann, der auf einmal 5000 Zloty in roten vorlegte. Das erregte Verdacht, der Mann wurde festgenommen. Es war ein 36 Jahre alter Gotthold Jieslich, und es ergab sich, daß er ein Helfershelfer des ungeheuren Postassistenten war. Auch seine Frau, mit der er nach Frankfurt gekommen war, wurde verhaftet. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß noch ein vierter Mann beteiligt war, ein 30 Jahre alter Grubenbeamter Reinhold Bechel. Dieser und die beiden Rehler, die sich in Frankfurt Georg und Karl Ratiesek genannt hatten, waren nach der Festnahme des Ehepaares Jieslich aus der Raubstadt verschwunden. Die Postbehörden gingen allen Spuren nach. Diese zeigten, daß die drei noch Gesuchten sich getrennt und verschiedene Wege eingeschlagen hatten. Karl Rehler war dann der erste, der ergriffen wurde. Er hatte sich nach Riesbach gewandt und wurde dort erkannt. Wilhelm Rehler wurde in Beuthen ermittelt und festgenommen, Bechel jetzt endlich in Hirschberg. Von dem unterschlagenen Gelde besaßen die Verhafteten zusammen noch 850 000 Zloty.

### Das Palästina-Verl — ein Aufbau auf lange Sicht.

In einer überfüllten Versammlung in den Räumen des Reichswirtschaftsrats, Bellevuestraße, sprach am Montagabend der 1. Vorsitzende der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Kurt Blumenfeld, über seine letzte Palästina-Reise. Der Vortrag, der eine Art programmatisches Situationsbekenntnis darstellte, war wegen der augenblicklichen Wirtschaftskrise und Kolonialisationskrisis des Landes besonders zeitgemäß. Nach einer polemischen Auseinandersetzung mit den Kritikern der Palästinaarbeit, die sich an Hand von Experten im Laufe weniger Wochen über alle Schwächen sehr genau unterrichteten, gab der Referent eine Schilderung weniger der materiellen als der idealen Lage des praktischen Zionismus in Palästina. Nach Blumenfeld ist die

Stimmung der Palästina-Haluzim, d. h. Pioniere, trotz wirtschaftlicher Depression ausgezeichnet. Immerhin sprechen mehr an der Peripherie gegebene Zahlen (8000 Arbeitslose, 48 Proz. Auswanderung im Jahre 1926) eine recht ernste Sprache. Blumenfeld nennt das Palästina-Verl einen Aufbau auf lange Sicht. Erst aus der Not des Volkes heraus werde die rastlos arbeitende jüdische Gemeinschaft entstehen. Mit starker Hoffnung sieht Blumenfeld auf die jüdische Arbeiterjugend Palästinas, die von einem unerhärten lebendigen Ethos besetzt sei. Der Redner verlangte vor allem Intensivierung der Landwirtschaft, die der Schlüssel fruchtbarer Arbeit sei. Den auf hohem Niveau stehenden Ausführungen des Redners wurde stürmischer Beifall zuteil.

### Pfingstausflug an die dänische Küste.

Bei der erweiterten Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten zu Pfingsten bietet sich den Berlinern billige Gelegenheit zu einer Ostsee-Exkursion an die dänische Küste mit dem Ende vorigen Jahres neu in Dienst gestellten, mit allem Komfort eines Ozeandampfers ausgestatteten Hochseefährschiff „Schwerm“. Der Preis der Tagesrückfahrkarten Warnemünde—Göteborg und zurück ist besonders um 50 Proz. ermäßigt und kostet nur 6 Mark. Die Abfahrt erfolgt in Warnemünde täglich 10 Uhr vormittags, an Göteborg 12,20, ab Göteborg 13,50, an Warnemünde 16,00 Uhr. Da vorläufig direkte Sonntagsrückfahrkarten Berlin—Warnemünde nicht auflegen, ist noch Umfahrung in Waren erforderlich. Die Preise der Sonntagsrückfahrkarten sind: Berlin—Waren 2. Klasse 12,30 M., 3. Klasse 8,20 M., 4. Klasse 5,80 M. und Waren—Warnemünde 2. Klasse 9,30 M., 3. Klasse 6,20 M., 4. Klasse 4,10 M.

### Ein würdig geschmückter Wartezimmer.

Das Bezirksamt Zehlendorf hat zur Unterhaltung des wartenden Publikums seinen Wartezimmer besonders würdig hergerichtet und entgegenkommenderweise Lektüre ausgeliefert. Als Wandschmuck sieht man ein Porträt der ehemaligen Kaiserin „Auguste Viktoria“. Zur Lektüre kann man ein Album ansehen, das ausschließlich Fürstenerherrlichkeiten enthält. In einem zweiten Album, betitelt „Deutschlands Gegner im Weltkriege“, kann man nachlesen, daß allein die Deutschen ein Kulturvolk sind, alle anderen Völker gehören in die Rubrik „Barbaren“. Die Einleitung zu diesem Werk ist ein Gedicht, das an einer Stelle über das Kriegsende besagt: „Es hätte der Deutsche die ganze Welt glorreich bestanden als strahlender Held, hätten Berrat nicht und Niedertracht den Unbezwingenen zur Strecke gebracht!“ — Und so etwas liegt aus zum Zwecke der Unterhaltung für die Wartenden in einem Bezirksamt des republikanischen Berlin.

Das Kaufhaus auf Ködern. Jeder Tag bringt neue Einfälle. Zwei Unternehmer von Initiative haben sich zusammengesetzt und ein geschäftlich geschütztes „Reisekaufhaus“ aufgebaut, das die Landbevölkerung mit den notwendigen Waren ohne Zeitverlust versehen soll. An sich ein unbedingt guter Gedanke, der die Einkaufsmöglichkeit in entlegenen, vom Verkehr isolierten Dörfern wesentlich erleichtern kann. Die Unternehmer, die gestern ihr Kaufhaus mit Motorbetrieb vorführten, haben das Innere ihres neuartigen Unternehmens sogar mit Radiolautsprecher ausgerüstet und versprechen der Landbevölkerung zum Einkauf von Badetüchern, Mantel, Angustroffen, Kravatten, Kleidern u. a. gratis die Konzerte der Berliner Funkkapelle.

## Dr. Thompson's Seifenpulver

gebraucht man seit 50 Jahren. Man würde es heute nicht mehr verwenden, wenn es nicht das Beste für die Wäsche wäre.



## Der geprellte Käufer.

Man schreibt uns: Wenn die Preise gleichwertiger Artikel manchmal differieren, beweist das an sich keine Unrechtheit der Geschäftsleute. Aber auch die Schwankungen, die durch Konjunktur, besseren oder schlechteren Einkauf, mehr oder weniger erhebliche Spenden u. ä. begründet werden können, müssen ihre Grenzen haben. Wie ist es möglich, daß man in drei verschiedenen Papiergeschäften in der Königgräher Straße für vollkommen gleichwertige Bogen sogenannten „Reichsadler“ papiers 4, 5 und 10 Pfennige pro Bogen verlangt? Ist der Preisunterschied zwischen dem billigsten und dem teuersten Händler (150 Proz.) nicht so groß, daß der Bucherparagraf in bedenkl. Nähe gerückt ist? Originell ist, daß Stichproben im Westen und Osten für daselbe Papier einen Preis von 6 und 3 Pf. für den Bogen ergaben. Wir hätten also vom Osten zum Südwesten eine Preiserhöhung um 233 1/3 Proz. festzustellen. Die außerordentlich drastischen Preisunterschiede absolut gleichwertiger Waren im Mittel- und (vor allem) im Kleinhandel sind überhaupt ein Kapitel für sich: Besonders bei kleineren, sozusagen unauffälligen Verkaufsartikeln findet man sie. So ergeben mehrere Stichproben in verschiedenen Teilen der Stadt, daß man für die weißen und grünen amtlichen A- und B-meldesformulare fast in jedem Geschäft einen anderen Preis hat. Auch hier sind die Differenzen zwischen den einzelnen Händlern sehr erheblich. Die Preisunterschiede, die den Käufer naturgemäß unsicher machen, da er sich überfordert fühlt, erklären die Fachleute mit dem Risiko des kleinen Geschäftsmannes, das er bei so „ausgefallenen Artikeln“ in den Preis ein kalkulieren muß. Das Ergebnis solcher Manipulationen ist ein gewisser Boykott des kleinen Geschäfts und der Zug zum Warenhaus. Diese Entwicklung ist vielleicht im Interesse manches kleinen Geschäftsmannes zu bedauern, aber doch, wie die Tatsachen lehren, hauptsächlich Selbstverschulden. Einkäufe werden nun einmal nicht nach sozialen Gesichtspunkten, sondern nach Rücksichtsgründen getätigt, extra zu entschädigen.

## Täglicher Autobusverkehr nach Redlig.

Zahlreiche Wünsche aus Publikumskreisen haben die Moog veranlaßt, den Betrieb auf der Strecke Bahnhof Zoo—Redlig, auf der bisher nur ein Sonntagsausflugsverkehr unterhalten wurde, auf die Werktage auszuweiten. Die Autobusse fahren ab Bahnhof Zoo von 12 Uhr mittags künftighin. Der bisherige Werktagverkehr auf der Strecke Bahnhof Zoo—Pichelsdorf wird von diesen Bussen mitbedient, so daß zwischen Bahnhof Zoo und Pichelsdorf besondere Bogen nicht mehr fahren.

## Doppelhaltestelle an der Gedächtniskirche.

Zu den am meisten benutzten Haltestellen Berlins gehört bekanntlich die Haltestelle der Straßenbahn an der Gedächtniskirche für den nach dem Westen führenden Schienenstrang, weil hier gleichzeitig der Umsteigeverkehr eine große Rolle spielt. Bei den Umlegungsarbeiten, die notwendig geworden sind, um die Straßenbahn im Rundverkehr über den Platz an der Gedächtniskirche herumzuführen, ist man darauf bedacht gewesen, die Wartezeit der Wagen, die hier oft zu drei bis vier hintereinanderstehen, abzukürzen. Man hat zu diesem Zweck eine Gabelung der Straßenbahn vor der Haltestelle durchgeführt, so daß die Wagen, die zum Kurfürstendammtal fahren und die zum Zoologischen Garten je einen Schienenstrang für sich haben, ähnlich der Anordnung auf dem Spittelmarkt, wo für die Bahnen nach der Leipziger und nach der Beuthstraße ebenfalls getrennte Haltestellen angelegt sind. Infolgedessen kann auch für beide Richtungen getrennt eingestiegen werden. Das hat sich ermöglichen lassen, weil für die Strecke nach dem Westen die Rundfahrt um die Gedächtniskirche auf zwei getrennten Gleisen stattfindet.

## Abkaffung der Autobusmarken.

Bekanntlich war es bisher üblich, daß die mit den Bussen ankommenden Reisenden, die Kraftdroschken zu benutzen wünschten, von dem am Bahnhof stationierten Polizisten eine Blechmarke mit der Nummer der in Betracht kommenden Kraftdroschke erhielten. Es haben sich hieraus sehr häufig Unzutrefflichkeiten ergeben, daß der Fahrgast seinen eigenen Bedürfnissen und Wünschen bei der Wahl der Kraftdroschke nicht Rechnung tragen konnte, abgesehen davon, daß gerade an den Bahnhöfen die ältesten und verbrauchtesten Wagen zu finden waren. Diesem Zustand soll nunmehr ein Ende bereitet werden. In einer jüngst abgehaltenen Sitzung des Ausschusses zur Förderung des Fremdenverkehrs der Industrie- und Handelskammer zu Berlin hat der Vertreter des Berliner Polizeipräsidenten bekanntgegeben, daß mit dem System der Zuteilung von Blechmarken an die Reisenden versuchsweise gebrochen werden wird. Das Polizeipräsidentium hofft, daß hierdurch die Hauptursache der Beschwerden, d. h. die zwangsweise Zuteilung von besonders alten und in schlechtem Zustande befindlichen Kraftdroschken, beseitigt wird.

## Sommerbekämpfung der Mücken.

In einem Rundschreiben des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch nach erfolgter Winterbekämpfung der sogenannten Hausmücken, die Sommerbekämpfung insbesondere dort fortzusetzen, wo die von der Winterbekämpfung nicht betroffene sogenannte Wald- und Wiesmücken aufzutreten pflegen. Wie der Amlicke Preussische Pressedienst dem Erlaß entnimmt, sollen der Mückenbrutbekämpfung alle kleinen stehenden Gewässer oder Wasseransammlungen, Teiche, Gräben usw. unterworfen werden; unnütze kleinere Wasseransammlungen sind durch Zuschüttung, Ableitung oder Drainage zu beseitigen. Stehen stehende Gewässer, z. B. bei Parkanlagen, Zierfeldern usw. auf dem Spiele, so kann Besehung dieser Gewässer mit Fischen versucht werden. Förderung des Bogelschuhes durch Anbringung von Nisthöhlen ist wohl wünschenswert, kann aber, als einziges Verfahren angewendet, nicht als ausreichend anerkannt werden. Bei dem sogenannten Spriboerfahren handelt es sich um Ueberziehung der Gewässer mit einem feinen häutigen starrigen Stoffe, das die Brut am Atmen an der Wasseroberfläche verhindert, in ein bis zwei Stunden abtötend wirkt und durch einfallenden Staub und Windwirkung in wenigen

Tagen verschwindet. Kleine Wasseransammlungen, Regenwassertonnen usw. können tropfenweise mit Petroleum usw. begossen werden. Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß die empfohlenen Mittel und Verfahren wegen zu befürchtenden Schadens nicht vom Grundigentümer abgelehnt werden oder zu Regrehanprüchen führen. Weitergehende Beratung, soweit sie im Einzelfalle notwendig sein sollte, ist zweckmäßigerweise von der Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene in Berlin-Dahlem, Ehrenbergstraße 38 bis 42, einzuholen.

## Ein Wiedersehen.

Ein unerwartetes Wiedersehen miteinander hatten der Empfangschef eines Berliner Hotels und ein amerikanischer Trainer. Der Empfangschef war früher in einem Hotel in der Gegend des Anhalter Bahnhofes angestellt. Dort wechselte er eines Tages vor zwei Jahren einem Gast, einem 40 Jahre alten aus San Francisco gebürtigen Trainer Walter Conrad 5 amerikanische Reisechecks über je 50 Dollar in deutsches Geld um. Erst nachdem der Gast abgereist war, wollte er die Checks bei der Bank einlösen. Jetzt erfuhr er aber, daß sie gesperrt waren. So war er sein Geld los. Der Betroffene nahm sofort eine Stellung in einem Hotel in der Nähe des Zoo an. Hier sah er sich gestern plötzlich wieder dem Trainer gegenüber. Beide erkannten sich auf den ersten Blick, und Conrad schickte sich eiligst an, zu verschwinden. Ein Schupobeamter aber, dem der Empfangschef einen Wink gab, war noch schneller als er und nahm ihn fest. Der Empfangschef behauptet, daß er die Checks vor zwei Jahren in dem Hotel, in dem er damals wohnte, eingekassiert habe. Es wurde aber festgestellt, daß man ihn von Cornwall her auch schon suchte, weil er einen Engländer um 5000 Pfund Sterling betrogen haben soll.

**Opfer des Verkehrs.** Vor dem Hause Schönhäuser Allee 140 wurde gestern nachmittags gegen 1/5 Uhr eine ansehende dem Arbeiterstande angehörende etwa 40- bis 45jährige Frau von einer Straßenbahn der Linie 48 erfaßt und überfahren. Die Verunglückte wurde zur nächsten Rettungsgastelle gebracht, doch trat bereits auf dem Wege dorthin der Tod infolge doppelten Schädelbruchs ein. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schaubaus gebracht. — Beim Ueberfahren des Fahrdammes in der Invalidenstrasse in unmittelbarer Nähe des Ausgangs Lehrter Stadtbahnhof wurde gestern nachmittags der Arbeiter Otto E. aus der Waldstraße 32 zu Roabit von einem Privatkraftwagen überfahren. E. wurde durch einen Wagen des städtischen Rettungsdienstes in das Roabit Krankenhaus geschafft, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde. Sein Zustand ist sehr ernst.

**Die Vorwärts-Ausgabe des Ernter** weist darauf hin, daß in Ernter der „Vorwärts“ in folgenden Lokalen ausliegt: Restaurant „Zur Sämann“, Waul Grund, Königstr. 55; Rest. „Zur Löhnig“, Julius Sperling, Wilhelmstr. 30; Rest. „Zur Volt“, Fritz Handke, Berliner Str. 34; Rest. „Zur Klaus“, A. Hermslebe, Friedrichstr. 20; Rest. „Löhnig-Obst“, A. Hermslebe, An der Löhnigbrücke. Bei Ausflügen nach Ernter wird gebeten, dieses zu beachten.

**Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis.** Genosse Max Müller spricht am kommenden Sonntag, morgens 10 Uhr, im Rahmen einer religiösen Feierstunde in der Kristallkirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz, über das Thema: Die Bedeutung des Gebets. Am Sonntag, dem 29. Mai, abends 8 Uhr, spricht Genosse Max Müller, in derselben Kirche über das Thema: Die Sehnsucht nach Gott. Es wird schon jetzt auf den Vortragabend am Dienstag, dem 31. Mai, in der Kaiser-Friedrich-Schule in Charlottenburg hingewiesen, wo Genosse Max Müller über das Thema sprechen wird: Aufrüstung, Wehrmacht — unser Verderben, Abrüstung — unsere nationale Rettung.

**Sprechstunde für proletarische Jekerkunden.** Die nächste Sprechstunde findet am Freitag, dem 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Sprechsaal der Söbden-Schule, Weinmeisterstr. 10/17, statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

# Funkwinkel.

Dr. C. F. W. Behls Vortragsreihe „Vergessene Dichter“ kommt allmählich der Gegenwart näher und gewinnt dadurch fast für die Funkhörer an Interesse. Heinrich Heine, der diesmal behandelt wurde, stammt bereits aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Er war ein gedankenreicher Dichter, dabei ein Beherrschter der Form. Dr. Max Kasper behandelte in seinem Vortrag „Die Weltwirtschaftskonferenz in Genf“ diesmal die „Aufgaben der Konjunktur“. Doch wäre es dankenswert, wenn der Vortragende mit einem weniger fachwissenschaftlichen Wortschatz auskommen würde, da eine Fülle von dem großen Publikum ungeläufigen Vokabeln das Verständnis seiner in Aufbau und Inhalt klaren und übersichtlichen Ausführungen mindestens sehr erschwert. — Sehr lobenswert war der Vortrag Dr. Richard H. Stein von der „Gründung der Singakademie bis zur Einweihung des Staatlichen Schauspielhauses“. Er behandelte damit einen der inhaltsreichsten Abschnitte des Berliner Musiklebens. Zeller, der gewiß kein himmelstürzendes Genie, sondern ein braver Musikhandwerker war, kam freilich allzu spät fort. Man konnte während der Ausführungen Dr. Steins vernehmen, daß Zeller überhaupt etwas geleistet hat. Aber in der Fülle der Erscheinungen, die die Musikgeschichte jener Berliner Epoche ausmachen, bedeutet dieser kleine Freund eines großen Dichters schließlich wenig genug. Im übrigen aber gaben die Ausführungen ein sehr lebendiges, scharf gezeichnetes Bild von dem Musikleben jener Zeit. Der Abend brachte eine von Prof. Hugo Hädel geleitete schöne Aufführung des „Funkchors und Fanfornchesters von Hamburg, „Schöpfung“. Karl Böhm als Uriel, Cornelis Bronsgeest als Raphael und Adam waren tüchtige Vertreter ihrer Partien. Emmy von Steiten, die den Gabriel und die Eva sang, verdient für ihre edle kultivierte Kunst ein besonderes Lob.

**Der Berliner Volks-Chor** (Dirigent Dr. Ernst Jander) hat mit den Proben zur Johannispassion von Bach begonnen, die er im Auftrag der Volksbühne im Herbst d. J. zur Aufführung bringen wird. Aufnahme neuer eintretender Mitglieder auch ohne Notenkenntnis in den Chorproben Freitag von 8—10 Uhr Kula Koppentstraße 76 beim Schlesischen Bahnhof. Im Mai Eintretende können noch an der für Anfang September geplanten Konzertreise nach Wien teilnehmen. Der Kinderchor abt unter Leitung von Walter Hänel jetzt in der Kula der 18. Volksschule, Andreasstr. 16a, jeden Donnerstag von 5 1/2—7 1/2 Uhr und nimmt Knaben und Mädchen von 8—15 Jahren auf.

**Freie Schulgesellschaft Neutölln.** Freitag, 27. Mai, abends 8 Uhr, in der Kula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums Vorführungen methodischer und sozialer Art des Reformpädagogischen Instituts mit theoretischen Erklärungen. Eltern, Lehrer und Schüler sind freundlich dazu eingeladen.

## Lindbergh fliegt weiter.

Er will Brüssel und London besuchen.

Paris, 24. Mai. (WZB.) Nach der „Chicago Tribune“ wird der amerikanische Flieger Lindbergh sich bereits am Sonnabend nach Brüssel begeben und von dort am Montag seinen Flug nach London fortsetzen, von wo er sich nach zwei bis drei Tagen Aufenthalt — vielleicht auf dem Umwege über Schweden und Deutschland — nach Paris zurückbegeben wird.

Paris, 24. Mai. (WZB.) Der Flieger Charles Lindbergh hat heute vormittag Vertreter der Presse empfangen. Nach dem Bericht des „Havas“-Vertreters betonte er, daß er seinen Ozeanflug ohne Rücksicht auf den Ruhm, den er ihm abwerfen könne, organisiert habe und nicht geneigt sei, die ihm unterbreiteten Angebote anzunehmen. Er habe auch von einem deutschen Impresario ein Angebot erhalten, gegen 25 000 Dollar in Berlin Vorträge zu halten. Er habe jedoch nicht die Absicht, sich nach Deutschland zu begeben. Schweden hingegen wolle er besuchen, wo seine Familie herstamme, doch wisse er noch nicht zu welchem Zeitpunkt.

Paris, 24. Mai. (WZB.) Dem heute auf dem Flugplatz Le Bourget veranstalteten Bankett wohnte der Direktor der Deutschen Luftflotte, Bronsby, bei, der im Verlaufe der Veranstaltung durch Marschall Spautey dem Präsidenten der Republik vorgestellt wurde. Bronsby erklärte, er hoffe, daß eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem französischen Luftverkehre möglich sei, worauf Präsident Doumergue erwiderte, auch in Frankreich werde man alles Erforderliche tun, um dieses Ziel zu erreichen. Ueber das in der Halle aufgestellte deutsche Flugzeug äußerten sich die anwesenden Fachleute mit Befriedigung. Einige machten mit der Maschine Probeflüge. Auch mit dem Ozeanflieger Lindbergh sprach Direktor Bronsby, und forderte ihn auf, mit seinem Flugzeug nach Deutschland zu kommen. Lindbergh erklärte, wenn seine Zeit es ihm gestatte, werde er gern den interessanten Flug durchzuführen.

Buenos Aires, 24. Mai. (WZB.) Nach funktentelegraphischen Meldungen aus Lissabon an das Blatt „La Nacion“ soll der italienische Flieger de Pinedo infolge Nebels ungefähr 150 Meilen von den Azoren entfernt niedergegangen und sein Apparat nach Horta geschleppt worden sein.

**Die Hochofenexplosion auf der Friedenshütte.** Die Generaldirektion der Friedenshütte Spolka Atcjna, Katowice, bittet uns, die Meldung über die Explosion eines Hochofens wie folgt zu berichtigen: Es handelt sich nicht um eine Explosion, sondern nur um eine bei Hochöfen öfters vorkommende Betriebsstörung, einen sogenannten Durchbruch. Todesopfer und Schwerverletzte sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Durch die herausschlagende Flamme sind zwei Arbeiter in nicht erheblicher Weise verletzt worden. Befentlicher Sachschaden ist nicht entstanden. Der Ofen wird schon Samstag wieder voll in Betrieb genommen werden können.

**Befriedigung einer Projektion.** In einem Dorfe bei Ugram (Südslowenien) beschossen betrunkenen Gendarmen die Teilnehmer einer Projektion, die sie zuerst verhöhnt hatten, so daß es zu Auseinandersetzungen mit den Führern der Ordnung gekommen war. Zwei Bauern wurden getötet, acht zum Teil schwer verletzt. Die Teilnehmer der Projektion ergriffen die Flucht, und als die Gendarmen ermüdet feststießen, was sie angerichtet hatten, flohen auch sie und konnten bis jetzt nicht aufgefunden werden.

**Staatl. Fachingen wirkt vorbeugend und blutaufrischend, reinigt die Organe.**

*Erhält Körper und Geist frisch und gesund!*

Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbüro, Berlin W. 8, Wilhelmstrasse 55. Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken und Drogerien sowie in Berlin bei der Versandstelle der Staatsquellen Fachingen und Niederalters, Berlin SW 11, Schönberger Strasse 16a. Telefon: Lützow 0200/01.

# Sie werden köstlich erfrischt

an warmen Tagen od. nach Anstrengungen durch den Genuß aromatischer u. nahrhafter Süßspeisen.

## Dr. Oetker's Rote Grütze und Dr. Oetker's Götterspeise

lassen sich einfach und schnell herstellen und munden, aufgetragen mit Vanille-Milchsoße aus Dr. Oetker's Vanille-Soßenpulver, ganz vorzüglich.

In allen einschlägigen Geschäften nur in Originalpackungen (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Hellkopf“ zu haben. Verlangen Sie ebendasselbst das neue farbig illustrierte Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F für 15 Pfg., wenn nicht vorrätig, gegen Einsendung von Marken von

### Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Im Berliner Hausfrauen-Verein kommt Dr. Oetker's Puddingpulver zur Verwendung.

# Entwicklungslinien der Landwirtschaft

Zunahme der Zwerg- und bäuerlichen Betriebe. — Die Flächen zu niedrig angegeben.

In dem gestern erschienenen letzten Heft von „Wirtschaft und Statistik“ werden die ersten Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 veröffentlicht, soweit es sich um die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung handelt. Für die Diskussion aller agrarischen Probleme, insbesondere auch für alle Fragen der Agrar- und Steuerpolitik sind diese Ergebnisse von erheblicher Bedeutung. Zur Kennzeichnung der hauptsächlichsten Entwicklungslinien für die Zahl der Betriebe nach Betriebsgrößen und für den Anteil der einzelnen Betriebsgrößen an der landwirtschaftlichen Gesamt- und Nutzfläche seien die Hauptziffern vorweggenommen.

## Die Zahl der Betriebe nach Klassen.

Bergleichen werden die Zählungsergebnisse von 1907 und 1925, und zwar im jetzigen Reichsgebiet ohne das Saarland. Für sämtliche landwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von mindestens 5 Ar ergab sich gegenüber 1907 eine Zunahme von 4 641 984 auf 5 096 534 oder um etwas mehr als 10 Proz. Die Gesamtzahl aller Betriebe ist also erheblich gewachsen.

Betriebsklassen nach der landwirtschaftlich benutzten Fläche	Zahl der Betriebe		Zu- bzw. Abnahme 1925 gegenüber 1907	
	absolut	Proz.	absolut	Proz.
5—20 a	1 846 220	36,2	1 444 988	31,1
2 bis 5 ha	1 181 210	23,2	1 131 990	24,4
5	804 453	17,5	589 591	19,1
10	596 184	11,7	578 037	12,8
20	359 971	7,1	357 948	7,7
50	174 155	3,4	197 707	4,8
100	25 670	0,5	80 770	0,7
200	8 992	0,2	8 858	0,2
300 und mehr ha	9 769	0,2	10 245	0,2
Zusammen	5 086 534	100	4 641 984	100

Der größte Teil der Zunahme entfällt dabei auf die Zwergbetriebe von 5—20 Ar, deren Zahl von 1,44 auf 1,84 Millionen oder um rund 28 Proz. gestiegen ist. Das Statistische Reichsamt führt diese sehr beträchtliche Steigerung einmal auf die besser gelungene vollständige Erfassung der Gartenbaubetriebe zurück, dann aber auf die seit 1907 erheblich verstärkte Tendenz, daß Rücklandwirte nebenberuflich kleine Grundstücke bewirtschaften (Heimgärten, Schrebergärten, Kleingärten). Für Betriebe, die ausschließlich Gartenland bewirtschaften, wird allein in der Größenklasse von 5—20 Ar eine Zunahme von 288 000 auf 483 000 oder um rund Zweidrittel festgestellt. Auch die Zahl der Parzellenwirtschaften von 0,5—2 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche ist gegen 1907 um 4,3 Proz. gewachsen. Relativ gering, nur 0,9 Proz., blieb die Zunahme der kleinbäuerlichen Betriebe zwischen 2 und 5 Hektar, während auf der anderen Seite die mittelbäuerlichen Betriebe von 5—10 Hektar um 4,0 und die von 10—20 Hektar um 0,6 Proz. anwuchsen. Das Statistische Reichsamt weist bei diesem Zuwachs auf die seit 1907 stark geförderte Schaffung von Neusiedlungen hin, die allein in Preußen 1907 bis 1922 15 659 Rentengüter mit 153 442 Hektar und im Reich 1919—1925 auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes 16 728 Siedlungen mit 146 470 Hektar schuf. Dazu kommt die Anliegersiedlung 1919—1925 im Reich, die an 163 398 Kleinstellen 156 228 Hektar Land abgab.

Die seit 1882 ununterbrochene Zunahme der mittelbäuerlichen Betriebe hat sich also fortgesetzt. Die großbäuerlichen Betriebe haben seit 1907 sowohl in der Größenklasse von 20 bis 50 als auch in derjenigen von 50—100 Hektar einen nicht unerheblichen Rückgang erfahren. Sehr beachtlich sind die Verschiebungen bei den Großbetrieben. Insgesamt gingen die Großbetriebe mit über 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche um 250 Betriebe zurück.

## Unsere Unternehmer in Genf.

Theorie und Praxis. — Eine Erinnerung.

Die deutschen Unternehmer haben auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf einmal wieder das hohe Lied des Individualismus gesungen. Nach den Ausführungen des Herrn von Siemens gibt es in Deutschland z. B. nur eine Zwangswirtschaft in Löhnen und Mieten. Er ignoriert also das Bestehen von schätzungsweise 2000 deutschen Kartellen, von den knapp gerechnet ungefähr 250 als Preiskartelle anzusprechen sind. Wer die Dinge einigermaßen kennt, weiß aber auch, daß besonders in den Schlüsselindustrien eine ganze Reihe von Kartellen ihre Produktionsgebiete fast ohne jeden Außenseiter in vollendetem Maße monopolistisch beherrschen.

Kun hat sich seinerzeit das Statistische Reichsamt der dankenswerten Aufgabe unterzogen, auch einmal festzustellen, wie weit die neben der Kartellierung hergehende Konzentrierung in die deutsche Industriewirtschaft eingedrungen ist. Wir haben über die Statistik ausführlich referiert. Es lohnt aber die Erinnerung, daß von 12 392 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 20,35 Milliarden Mark 1907 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von 13,24 Milliarden Mark in Konzern zusammengefaßt sind. Also auf das Kapital bezogen, sind nicht weniger als 65 Proz. der erfaßten Gesellschaften zu Gruppen vereinigt. In den einzelnen Gewerbegruppen sind folgende Kapitalkonzentrationen gebunden (in Prozenten):

Steinkohlen	92,9	Chemische Industrie	82,7
Braunkohlen	90,1	darunter Kohlen	96,8
Eisen	95,3	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -verteilung	81,6
Mit Bergbau verbundene Unternehmungen	97,9	Banken	78,8
Großtextilindustrie	85,0	Finanzier-Gesellschaften	77,8
Mit Eisen u. Metallgewinnung verbundene Werke	83,3	Wasserversorgung	78,9
Elektrotechn. Industrie	86,9	See- u. Küstenschifffahrt	80,9

Selbstverständlich ist zu berücksichtigen, daß noch andere Unternehmungsformen als Aktiengesellschaften von Bedeutung sind. Trotzdem können diese Zahlen nur wieder unsere Ansicht bestärken, daß die deutschen Unternehmer in der Praxis sehr wohl zur organisierten Wirtschaft stehen, sofern ihnen diese nur Vorteile bringt.

Dabei erfolgte aber in der Größenklasse von 100—200 Hektar eine Zunahme um 214 oder 2,5 Proz., in der Größenklasse von über 200 Hektar dagegen eine Abnahme um 476 Betriebe oder 4,6 Proz.

## Die Größenklassen und ihr Anteil an der Fläche.

Für die Anteile der Betriebsgrößen an der Gesamt- und der Nutzfläche zeigen sich ähnliche Ergebnisse. Dabei macht das Statistische Reichsamt aber die sehr beachtliche Feststellung, daß die von den Landwirten in den Erhebungsbogen gemachten Flächenangaben in vielen Fällen hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben sind, und zwar in erheblich stärkerem Maße als bei früheren Betriebszählungen. Diese Tatsache wird im wesentlichen aus steuerpsychologischen Gründen erklärt, die sich aber offenbar in allen Größenklassen ausgewirkt hätten. Bei der Zählung von 1907 hatten sämtliche Betriebe einschließlich der Waldflächen eine Gesamtfläche von 42,7 Millionen Hektar oder 91 Proz. der Gesamtfläche des Reiches. 1925 dagegen lauten die bei der Betriebszählung gemachten Angaben über die Gesamtfläche aller Betriebe auf nur 41,4 Millionen Hektar, das sind 88,3 Proz. der Gesamtfläche des Reiches, so daß für 1925 der auffallend scharfe Rückgang um 1,3 Millionen Hektar oder 3,1 Proz. festzustellen ist. Obwohl ein allmählicher Rückgang der genutzten Fläche in einem gewissen Umfang notwendig ist (andererseits haben die Umwandlung von früher militärisch genutzten Flächen, die Moortulnierung und die Landgewinne am der Küste aber auch neues Land geschaffen), führt das Statistische Reichsamt den starken Rückgang auf abfällige Niedrighaltung der Flächenangaben durch die Landwirte zurück.

Betriebsgrößenklassen nach der landwirtschaftlich benutzten Fläche	son je 100 ha <sup>1)</sup> der			
	Gesamtfläche		landwirtschaftlich benutzten Fläche	
	1925	1907	1925	1907
5 bis 50 a	1,5	1,4	1,5	1,1
0,5 - 2 ha	4,9	4,5	4,8	4,4
2 - 5	10,8	10,3	11,4	10,8
5 - 10	15,5	14,2	16,3	14,9
10 - 20	19,2	18,4	19,6	18,5
20 - 50	19,9	21,9	19,8	22,0
50 - 100	7,3	7,8	6,8	7,8
100 - 200	5,4	5,0	4,8	4,5
200 und mehr ha	15,6	16,5	15,8	16,0

<sup>1)</sup> Ohne Betriebe mit weniger als 5 a landwirtschaftlich benutzter Fläche.

Noch erheblich niedriger aber als die Gesamtfläche ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche gegenüber 1907 angegeben worden, was bei der größeren steuerlichen Bedeutung der genutzten Flächen erklärlich ist. Innerhalb des heutigen Reichsgebiets liegt gegenüber 1907 ein Absinken der landwirtschaftlich genutzten Fläche von 27,2 auf 25,6 Millionen Hektar, d. h. um 1,6 Millionen Hektar oder 5,9 Proz. (1) vor. In dem zwölfjährigen Zeitraum von 1895 bis 1907 war ein Rückgang von nur 2,1 Proz. festgestellt worden, so daß seit 1907 die landwirtschaftlich genutzte Fläche um mehr als das Doppelte gegenüber der vorigen Periode abgenommen hätte. Sowohl bei der Gesamtfläche als auch bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche ergab sich eine Verschiebung des Flächenanteils zugunsten der kleinen und mittleren Betriebe bis zu 20 Hektar. Die Betriebe über 20 Hektar haben ebenso wie nach der Zahl auch hinsichtlich ihres Flächeninhalts durchweg einen Rückgang erfahren. Nur in der Betriebsgrößenklasse von 100 bis 200 Hektar ist ein kleiner Zuwachs des Flächeninhalts zu verzeichnen, der in der Hauptsache auf die Verkleinerung der Betriebe über 200 Hektar, deren Zahl ja abgenommen hat, beruhen dürfte.

Die von Ihnen beliebte Betonung des Ideals der freien Wirtschaft ist deshalb reine Theorie, wenn man darin nicht eine bewußte Politik erblicken muß, was wohl berechtigt ist.

Auch in Genf wurde, allerdings nicht nur von deutschen Unternehmern, die internationale Kartellierung als Wirtschaftsprinzip abgelehnt. Dafür haben wir volles Verständnis, denn für nationale wie auch für internationale Kartellvereinbarungen lieben die Unternehmer nun einmal weder das öffentliche Podium, noch die staatliche Kritik, noch die Öffentlichkeit. In der Praxis sind sie jedenfalls auch der internationalen Kartellierung nicht so abgeneigt; das beweisen der Stahl-, der Dynamit- und Pulvertrust, das Hanf-, Raphia- und Raikartell u. a. m. Aber erst ganz kürzlich haben auch deutsche Textilindustrielle, um einmal von weniger bekannten Tatsachen zu sprechen, in den Vereinigten Staaten die Errichtung einer internationalen, die Preise festsetzenden Kartellierung zur Kontrolle der Preise der Textilrohfabrikate vorgeschlagen, wobei sie jedoch zu ihrer Betrübnis keine Gegenliebe fanden.

Wir sehen aber, daß zwischen der Theorie und der Praxis der von den Unternehmern gepflegten Wirtschaftspolitik eine Differenz besteht, die uns ebenso wie die Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes darin bestärken müssen, daß wir mit unserer Forderung nationaler und internationaler Kartell- und Konzernkontrolle auf dem rechten Wege sind.

## Notwendigkeit des europäischen Wirtschaftsbundes.

Ein Vortrag von Francis Delaisi.

Vor der deutschen Gruppe der Paneuropäischen Union hielt dieser Tage der französische Gelehrte Francis Delaisi einen Vortrag über die wirtschaftliche Begründung der paneuropäischen Idee. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er den bekannten Vergleich zwischen dem europäischen und dem nordamerikanischen Wirtschaftssystem — dieses aufgebaut auf einem großen ausnahmsfähigen Markt — unseres hingegen zersplittert durch zahlreiche Staats- und Zollgrenzen, die das Hin- und Herströmen von Kapital und Waren hemmen und verteuern. Am Beispiel des neuen französischen Zolltarifs, der nicht weniger als 8000 Artikel gegenüber einigen hundert vor dem Kriege unter Zollschutz bringe, zeigte er den Widerstand der gegenseitigen Absperrung der Völker. Will doch der französische Tarif selbst die Einfuhr von — Schildkröten durch Prohibitionszölle verhindern. Dieser Vorgang und ähnliche zeige, wie

sehr der gesunde Gedanke einer Förderung der eigenen Industrie durch den Zollprotektionismus im Absurden endet. Die gegenseitige wirtschaftliche Absperrung und die fortgesetzten Zollherhöhungen bewirken eine fortgesetzte Verteuerung der Ware und eine wachsende politische und ökonomische Rivalität der Völker. Die Gefahren einer solchen Politik seien bereits erkannt, das beweise die Genfer Weltwirtschaftskonferenz und die Vorschläge zur Handelspolitik, die dort gemacht wurden. Sie sehen einen allmählichen Abbau der Zollgrenze vor, um den Industrien der beteiligten Völker die Umstellung zu ermöglichen. Für Europa sei aber das in Genf aufgeworfene Problem am dringendsten und es bedürfe raschster Lösung. Darum müsse man den Gedanken der Verständigung und der Zusammenarbeit proklamieren, die Gefahren des Protektionismus aufzuheben. In lustiger Satire kennzeichnete Delaisi jenen überall vorkommenden Typus der wirtschaftlichen Rationalisten, der den Freihandel bei allen anderen Ländern richtig findet, nur im eigenen nicht, obwohl er mit allen Fasern seines Handelns in die Weltwirtschaft verstrickt ist. Ein schweres Hemmnis für eine deutsch-französische Verständigung sei die neue französische Zollvorsorge. Glücklicherweise gibt es jedoch auch in Frankreich entschiedene Gegner dieser Zollpolitik, und viele lassen den neuen Zollplan lebendig als ein Provisorium auf. Der Wirtschaftskrieg ist, das haben die Erfahrungen der letzten Zeit mit aller Deutlichkeit gezeigt, immer beiden Teilen schädlich. Schwierigkeiten für eine Verständigung liegen ferner in der Tatsache begründet, daß in Deutschland und Frankreich viele miteinander konkurrierende Industrien bestehen. Alles das drängt zu der Schlussfolgerung, daß die deutsch-französische Annäherung nicht nur als eine Angelegenheit dieser Staaten allein aufgefaßt werden darf, sondern nur im Zusammenhang mit dem Zusammenschluß anderer europäischer Völker zu einer Wirtschaftsgemeinschaft. Selbst der französische Außenminister Briand habe sich kürzlich zu diesem Gedanken bekannt, als er einen solchen Wirtschaftsbund schon für die nächste Zukunft voraussetzte und erklärte, es gäbe nur zwei Möglichkeiten, entweder Europa einiglich, oder es geht unter. Für die Verbreitung dieser Erkenntnis wolle die paneuropäische Union wirken.

## Sanierung der Raiffeisenbank gelungen.

Der erste Gewinnabschluß.

Die Deutsche Raiffeisenbank A.-G. Berlin hatte sich durch unsichere Kreditgeschäfte, die weit über den Rahmen des Aufgabengebietes einer genossenschaftlichen Zentralbank gingen, in eine recht gefährliche Lage gebracht. Im Verein mit dem Hauptgläubiger, der Preußenkasse, wurde eine Sanierungsaktion in der Form eingeleitet, daß die Preußenkasse ihre kurzfristigen Kredite in Höhe von 40 Millionen Mark in langfristige bis 1938 umwandelte, wofür von dem etwa 9000 an die Raiffeisenbank angeschlossenen Genossenschaften Bürgschaft gestellt wurde. So wurde verhindert, daß die Raiffeisenbank zur Abdeckung ihrer laufenden Schulden zu Zwangsversteuerungen aus ihrer Substanz gezwungen wurde, die bei der schwierigen Wirtschaftslage Anfang 1926 erhebliche Verluste im Besonderen gehabt hätten.

Der Gewinnabschluß von 1926, nach dem Geschäftsbericht ein Jahr des Auf- und Abbaus, zeigt davon, daß die Verwaltung durchgreifende Maßnahmen zur Sanierung getroffen hat. In dem Gewinn- und Verlustkonto werden an Zinsen und Provisionen 5 gegen 5,17 Millionen Mark ausgewiesen und außerdem auf einem neuen Konto 0,9 Millionen für Gewinne aus Effekten und Dividenden. Die im Vorjahr ausgewiesenen Gewinne im Warengeschäft kommen in Fortfall, da die angeschlossenen Warenanstalten von den Bankunternehmern getrennt wurden. Bemerkenswert ist die Senkung der Generalunkosten von 7,4 auf 4,5 Millionen, in der sich bereits die Sparmaßnahmen auswirken. Nach Abzug von 1 Million Abschreibungen und Zahlung der für den Ueberbrückungsdarlehens der Preußenkasse fälligen Zinsen verbleibt ein Reingewinn von rund 478 000 M. Hiervon wird der Verlustortrag aus dem Jahre 1925 in Höhe von rund 425 000 Mark abgezogen und der Rest auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Verwaltung vertritt den Standpunkt, daß die Landwirtschaft dem Beispiel der Industrie folgen und sich neuen Wirtschaftsmethoden und Wirtschaftsformen anpassen müsse. Der Weg dazu sei ein weiterer genossenschaftlicher Ausbau und ein enger Zusammenwirken aller genossenschaftlichen Organisationen in den landwirtschaftlichen Betrieben. Um diese Bestrebungen zu fördern, hat die Raiffeisenbank kürzlich auch die Finanzierung von Landkraftmaschinen und Gewährung von Kollateralkrediten als neue Tätigkeit in ihrem Geschäftskreis einbezogen.

## Chinas wirtschaftliche Zukunft.

Ein Vortrag des chinesischen Geschäftsträgers in Berlin.

Der chinesische Geschäftsträger in Berlin, Herr Dr. Chiang Chao Yne, sprach im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller über die Vorgänge in China, ihre welt- und handelspolitische Bedeutung. Wie kaum anders zu erwarten, ging er auf den Streit der einzelnen Parteigruppen und auf die Stellung der verschiedenen ausländischen Mächte im Bürgerkrieg nicht näher ein, sondern beschränkte sich darauf, die gemeinsame Linie aller chinesischen Parteigruppen, nämlich ihren Willen zur nationalen Selbständigkeit und ihre Bestrebungen für den Abbau der Sonderrechte zu betonen. Im Übrigen schilderte er den schnellen Aufschwung der chinesischen Wirtschaft, der trotz aller inneren Wirren während der letzten Jahre zu verzeichnen ist. Er hob dabei besonders hervor, daß der freilich noch recht kleine Anteil Deutschlands am Außenhandel und am Schiffsverkehr sehr schnell im Wachstum begriffen sei, da Deutschland infolge des 1921 abgeschlossenen, die völlige Gleichheit und Gegenseitigkeit verbürgenden Vertrages, ebenso wie Russland von den Boykottmaßnahmen der chinesischen Bevölkerung nicht betroffen werde.

Diesemigen ausländischen Mächte, die davon sprechen, daß angesichts der innerpolitischen Schwierigkeiten Chinas eine bewaffnete Intervention erforderlich sei, vernehmlich noch der Ansicht des Vortragenden die Wirkung mit der Ursache. Nur nach einer völligen Beseitigung der Fremdherrschaft und Sonderstellung der Ausländer werde es möglich sein, die starken wirtschaftlichen Kräfte der chinesischen Nation zu entwickeln, die über reiche Rohstoffe und große Möglichkeiten der Verarbeitung verfügt. Erst dann werde auch China zu einem kaufkräftigen Kunden fremder industrieller Erzeugnisse.

Bergwerks-Aktiengesellschaft Reddinghausen. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, ist der Abschluß für das Jahr 1926 fertiggestellt. Der Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, den Betriebsüberschuss von 6 627 901,21 M. herab zu verwenden, daß für das Aktienkapital von 57 Millionen M. 4 Proz. Dividende ausgeschrieben werden. Für Abschreibungen sind 3 150 000 M. vorgesehen. Von dem Rest von 1 197 901,21 M. sollen 450 000 M. dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt und 747 901,21 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung soll auf den 18. Juni d. J. nach Berlin einberufen werden.

# Scharlachberg-Reifenbrand



# Das Agrarprogramm der Partei.

## Referate der Genossen Baade und Krüger-Lüneburg auf dem Parteitag. — Abstimmungen über die Anträge.

Nach dem Schlusswort des Genossen Wels zum Vorstandsbereich, über das wir im Hauptblatt berichten, folgen die

### Abstimmungen.

Vorsitzender Wels teilt zunächst mit: Der Antrag Leipzig mit einer Mißbilligung gegen Orzesinski ist zurückgezogen. Da hätten wir uns einen großen Teil der Debatte sparen können. (Heiterkeit.) Die Anträge zum Kommunalprogramm bitte ich durch Beschlüsse der kommunalpolitischen Tagung und die dort beschlossenen Richtlinien für erledigt zu erklären.

Es wird so beschlossen.  
Die Anträge auf Schaffung eines preußischen Parteitages und einer preußischen Landesorganisation sehen Parteiaussschuß und Parteivorstand so an: Sie halten es für wünschenswert, daß die preußischen Genossen mit ihrer Landtagsfraktion in engstem Kontakt stehen und sind bereit, vor der nächsten Landtagswahl einen Parteitag einzuberufen. So wird beschlossen.

Die Anträge, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion vor wichtigen Entscheidungen die Gesamtpartei befragen, werden abgelehnt, nach der Erklärung von Wels, daß der Parteivorstand keine Selbstmordabsichten habe und immer enge Verbindung mit der Fraktion halten werde. Den Antrag auf Schaffung eines Berliner Lokalblattes hat Hamburg zurückgezogen. Die Entschließung, der Parteivorstand möge dahin wirken, den „Vorwärts“ zu einem wirklichen Zentralorgan auszubauen, wird angenommen. Der Antrag, wonach von den Mitgliedern des Parteivorstandes nur die Hälfte ein Mandat erhalten darf, wird abgelehnt. Die Anträge, die die Abhaltung der Frauenkonferenz vor dem Parteitag wünschen, werden ebenfalls abgelehnt, um dem Parteivorstand in dieser Beziehung Freiheit zu lassen. Ebenso abgelehnt wird ein Antrag Chemnitz auf Wiedererscheinens der „Gleichheit“ und Schaffung eines Reichsfrauenarbeitsausschusses. Desgleichen ein Antrag Nürnberg auf Befreiung der Doppelmandate. Den Antrag Berlin, der Vereinigung sozialistischer Akademiker die Auflösung anzurufen, bittet der Parteivorstand abzulehnen, weil die Konsequenz für die anderen Vereine nicht abzusehen sei. Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Antrag, der ein Verbot der Mitarbeit am „Volksstaat“ fordert, erklären Parteivorstand und Parteiaussschuß, daß sie keinen Genossen kennen, der mitarbeitete. Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen. Hinsichtlich der Jugendlichen wird die Altersgrenze für die Zugehörigkeit zur Arbeiterjugend auf 20 Jahre festgesetzt, mit der Maßgabe, daß mit 18 Jahren der Eintritt in die Partei zu vollziehen ist. Die übrigen Anträge sind dadurch erledigt.

### Die Beamtenfrage.

Es folgen die Anträge zur Beamtenfrage. Zunächst wird die Erklärung des Parteiaussschusses und Parteivorstandes genehmigt. Dadurch sind alle Anträge erledigt mit Ausnahme eines Antrages, der fordert, daß die Kandidaten der Partei freigeberisch organisiert sein sollen, soweit eine oewerkschaftliche Organisation für sie vorhanden ist. Ueber die Resolution Aufhäuser zur Beamtenfrage ist namentliche Abstimmung beantragt. Zunächst wird mit großer Mehrheit der Zusatzantrag Steinkopf angenommen, der an Stelle der Vorfrist eine Empfehlung setzt. Nunmehr bittet Wels, den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückzuziehen, da er nur die Einigkeit störe. Künzler-Berlin zieht den Antrag zurück, und die Resolution Aufhäuser-Steinkopf wird angenommen.

Angenommen wird auch der Antrag Hamburg auf Unterstützung der Genossenschaftsbewegung. Einige Anträge beschäftigen sich mit der Zugehörigkeit zu bürgerlichen Sport- und Kulturvereinen. Parteivorstand und Parteiaussschuß erklären, daß sie die Unterstützung der Arbeiterturn- und Sportbewegung für eine wichtige Aufgabe der Parteigenossen halten. Aber man sollte nicht hinter jedem Schritt eines Genossen den Parteischuhmann stellen. Aus sogenannten Kulturvereinen auszutreten, könne man generell nicht vorkreiden. Es sei z. B. an den Verein für Sozialpolitik und die Staatswissenschaftliche Vereinigung zu denken. Die Anträge werden abgelehnt, angenommen wird nur ein allgemeiner Antrag, daß Parteigenossen nur solchen Vereinen angehören dürfen, die die sozialdemokratische Partei nicht schädigen.

Es folgen die Anträge auf Vertretung des Personals der Parteigeschäfte in der Konzentration. Wels macht nochmals darauf aufmerksam, daß nach der Wahl durch den Parteitag die Genossen Ludwig und Bartels die Geschäfte der Partei bearbeiten und die Konzentration leiten. Davon könne ohne Abänderung des Parteistatuts nicht abgegangen werden. Die Anträge werden abgelehnt. Soweit diese Anträge die Vertretung des Personals in den einzelnen Geschäftsleitungen in der Leitung der Unterstufungskasse fordern und Vertreter der versicherten Parteigenossen in der Leitung der Unterstufungskasse, werden als erledigt angesehen, weil sie schon erfüllt sind. Der Antrag auf Nachprüfung der Ausschüsse wegen Beteiligung an Rußlanddelegationen wird gegen vereinzelte Stimmen abgelehnt, nachdem Wels erklärt hat, daß niemand aus der Partei ausgeschlossen worden sei, weil er sich nach Rußland habe delegieren lassen. Den Antrag Leipzig auf Errichtung einer Filiale Leipzig der Arbeiterbank bringt der Parteivorstand wegen Unzuständigkeit des Parteitages nicht zur Abstimmung; dem wird zugestimmt. — Eine Zahl von Anträgen und Anregungen zur

### Organisation und Agitation

werden dem Parteivorstand überwiesen. Angenommen wird unter Heiterkeit ein Antrag, der eine jährliche Kontrolle

der Mitgliedsbücher fordert. Die Anträge auf Unterstützung der Weltsprache Esperanto werden abgelehnt, da die Partei als politische Körperschaft dafür nichts tun könne. Abgelehnt werden ferner die Anträge, dem Parteivorstand zur Pflicht zu machen, daß die Ergebnisse aller Abstimmungen in den Parlamenten zahlenmäßig bekannt gemacht werden. Der Parteivorstand erklärt, daß die Kontrolle in dieser Beziehung in den Bezirken erfolgen müßte. Abgelehnt werden auch die Anträge über die Abzüge der Diäten durch die Partei. Endlich werden auch abgelehnt die Anträge auf Einführung einer allgemeinen Sterbeversicherung für Parteimitglieder und die Anträge, die ein Verbot einer Sterbeversicherung fordern.

Hinsichtlich des Organisationsstatuts wird das Eintrittsgeld auf mindestens einen Wochenbeitrag festgesetzt. Alle Anträge auf Änderung der Beitragsleistung — Staffelung der Beiträge und Änderung des Delegations- und Stimmrechts auf Parteitagen — werden abgelehnt, weil die Fragen bei der nächsten Statutenrevision behandelt werden sollen. Mit großer Mehrheit abgelehnt wird auch der Antrag Leipzig auf Befreiung der Umlage der Parteigeschäfte nach dem Umsatz. Auf Vorschlag des Parteivorstandes wird eine Änderung im Statut beschlossen, durch die es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht wird, die Beiträge zu einem Schiedsgericht binnen vier Wochen zu ernennen.

Die von der Kontrollkommission beantragte Entlastung wird dem Parteivorstand erteilt. Dagegen stimmen unter großer Bewegung des Parteitages einige sächsische, besonders Chemnitzer Delegierte.

### Den Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet Bogel-Nürnberg. Zum Parteitag delegiert sind 417 Vertreter, davon 54 Frauen. Anwesend sind 415 Vertreter, davon 53 Frauen, außerdem 15 Genossen als Vertreter der ausländischen Bruderparteien. Unter den anwesenden sind gewählte Delegierte 290 (35 Frauen), Reichstagsfraktion 26 (3), Parteiaussschuß 42 (10), Kontrollkommission 8 (1), Parteivorstand 19 (3), Agrarkommission 10, Vertreter verschiedener Parteistrukturen 12 (1), außerdem ein Referent. — Der Berichterstatter beantragt, alle Mandate für gültig zu erklären, der Parteitag beschließt demgemäß.

## Das Agrarprogramm.

Es folgt der Bericht über das Agrarprogramm. Referent ist

Dr. Frh Baade:

Die Beschäftigung mit der Agrarfrage ist in unserer Partei ebenso alt wie die Parteibewegung selbst. Der Versuch, 1894 ein positives Agrarprogramm aufzustellen, wurde vom Breslauer Parteitag abgelehnt. Bis zum Kriege blieben die knappen Anfänge des Erfurter Programms unsere einzigen Richtlinien in der Agrarfrage. In der Kriegs- und Nachkriegszeit stand die tatsächliche Politik der sozialdemokratischen Fraktion in einem gewissen Gegensatz zu diesem Programm, indem ein positiver Aufbau in der Agrarpolitik erstmalig in der Hebung der bäuerlichen Wirtschaft versucht wurde. Gerade in den ersten Jahren nach dem Kriege ging durch das ganze deutsche Volk eine mächtige Bewegung im Sinne der Siedlung, die von starkem Widerhall in der Partei begleitet war. Wir sind damals in der kritischen Uebernahme jeder Forderung auf dem Gebiete der Siedlung über das Ziel hinausgeschossen. (Sehr richtig!) Die Anerkennung der Tatsache, daß

in den bäuerlichen Betrieben der Landwirtschaft das Schwerkgewicht der Agrarpolitik

ruht und wir mit ihrer Weiterexistenz in unbegrenzter Zeit rechnen müßten, mußte für die Agrarkommission der Ausgangspunkt sein, um endlich die Einigkeit herzustellen zwischen der prinzipiellen Stellung der Partei und ihrer praktischen Politik. Damit ist keineswegs gesagt, daß die Kommission etwa kritiklos alles hätte hinnehmen müssen, was als Bauernpolitik innerhalb der Parteireihe formuliert worden ist. Auch die Auffassung des Genossen Eduard David, der als erster und bedeutungsvollster Vorkämpfer für die Gedanken einer bäuerlichen Bewegung in der Partei für die Ewigkeit ein bleibendes Verdienst haben wird, hat sich die Kommission nicht kritiklos zu eigen gemacht. Wir haben uns mit den vom Genossen David entwickelten Gesichtspunkten auseinandergesetzt. Dabei unterscheiden wir drei Hauptbestandteile. Der erste ist die einfache Feststellung der Tatsache, daß die Entwicklung der Betriebsverteilung in der Landwirtschaft nicht die geringsten Anhaltspunkte für eine Konzentrationsbewegung gibt. Die Betriebsverteilung für ein halbes Jahrhundert gestattet keinen Zweifel mehr an dieser Tatsache. Der bäuerliche Betrieb hat keine Existenz der Zahl und der Fläche nach behauptet, und vor allem in der wichtigsten Größenklasse von 5 bis 20 Hektar ist er von Zahlung zu Zahlung in einem unzulässigen Vordringen begriffen. 1882 bis 1907 haben die bäuerlichen Betriebe um 140.000 (15 Proz.) zugenommen; der Fläche nach um über eine Million Hektar (14 Proz.), und zwar vor allem auf Kosten der großbäuerlichen und Großbetriebe. Das war auch nicht etwa vor dem Kriege ohnein eine Folge der Siedlungsgeheubung und der Kolonisierungsbestrebungen im deutschen Osten. Was kolonisiert worden ist, ist nur ein ganz geringer Bruchteil, noch nicht ein Viertel des Zuwachses der bäuerlichen Betriebe. Unsere heutige Agrarpolitik war ja mehr auch überwiegend auf die Förderung des Großgrundbesitzes eingestellt. Die bedeutungsvollste Tatsache aus der Betriebsstatistik ist, daß eigentlich alle arden Kategorien von Betriebsgruppen in der Landwirtschaft ihre Existenz mit erstaunlicher Lebensfähigkeit behauptet haben. Eine Verschiebung in allen Klassen ist außerordentlich gering. Selbst die starke Ver-

schiebung in der Ausdehnung der bäuerlichen Betriebe von 5 auf 20 Hektar ist, auf die Gesamtheit der Landwirtschaft umgerechnet, recht gering. Nicht weniger als 250 Jahre würde es dauern, damit bei der Fortsetzung dieser Entwicklung im gleichen Tempo der gesamte Großgrundbesitz zugunsten des bäuerlichen Betriebes aufgelöst ist. Also die Stabilität der landwirtschaftlichen Betriebsform ist wohl die bedeutungsvollste Erscheinung, die wir feststellen müssen. Es wäre verkehrt, ein Agrarprogramm auf der Erwartung aufzubauen, daß in einer absehbaren Entwicklung ein Großbetrieb den Kleinbetrieb oder umgekehrt verdrängen würde. Wenn man nach marxistischen Methoden von der Erkenntnis der Wirklichkeit ausgeht, muß man feststellen, daß der

### Streit um die Betriebsgrößenklassen maßlos aufgebläht

worden ist. Das gleiche Ergebnis zeigt sich, wenn ich mir die Gründe ansehe, die für die eigene Ueberlegenheit der einen oder anderen Betriebsgrößenklasse ins Feld geführt worden sind. Es ist doch richtig, daß in der Landwirtschaft die menschliche Arbeitskraft als Qualitätsarbeit, die im höchsten eigenen Interesse geleistet wird, eine ganz besondere Rolle spielt, und daß der Familienbetrieb, der mit daran besonders interessierten Arbeitskräften wirtschaftet, einen bedeutenden Vorsprung vor jedem Großbetrieb hat, der mit fremden Arbeitern wirtschaften muß, weil hier die Kontrolle hinsichtlich der Qualität nicht so durchgeführt werden kann wie in der Industrie. Aber auch den Gedanken, daß der Familienbetrieb dem Großbetrieb entscheidend überlegen sein müßte, kann ich nicht folgen. Man darf nicht vergessen, daß in einem großen speziell bäuerlichen Betriebe gerade die Zweckmäßigkeit und Lebenskraft aufgebaut ist auf dem Grundsatze methodischer Arbeitsausnutzung und Ausbeutung der Frau und der ganzen Familie. (Sehr wahr!)

Sehr bedeutsam erscheint mir die viel zu wenig beachtete Tatsache, die die tatsächliche produktive Leistung zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb in der deutschen Landwirtschaft außerordentlich stark zuungunsten des Kleinbetriebes verteilt. Wirtschaftlich hat sich in der letzten Jahrhunderthälfte

### der Nahrungsmittelpietraum ungeheuer ausgedehnt.

Ein Ernährungsproblem hat es für den europäischen Kontinent in den Jahren von 1850 bis 1900 überhaupt nicht gegeben, weil ungeheure Flächen Neuland in Amerika erschlossen wurden. Unser ganzes Denken über das, was volkswirtschaftlich notwendig ist, ist noch auf jene Erfahrungen aufgebaut. Wir halten einen unbegrenzten Bevölkerungszuwachs, der einseitig in der Industriesphäre untergebracht werden kann, und dabei noch ein fortgesetztes Steigen des Reallohns und der Lebenshaltung der breiten Massen für selbstverständlich. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß eine solche Entwicklung nicht möglich ist, ohne daß die Versorgung mit Lebensmitteln im gleichen Tempo wie bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts vor sich geht. Sie ist aber mit der Jahrhundertwende wesentlich langsamer geworden.

### Wir sind in eine steigende Entwicklung der Getreide- und Fleischpreise hineingeraten.

Auch die Entwicklung der Reallohne hat ein viel langsames Tempo ange schlagen. Die Verknappung des Nahrungsmittelpietraums der Erde im Verhältnis zu den fortschreitlichen Tendenz des Proletariats hat sich durch den Krieg noch wesentlich verschärft. Ich erinnere nur an den Ausfall Rußlands und der agrarischen Ueberseeschiffstaaten, der durch die Produktion Australiens und Argentiniens nicht annähernd wett gemacht werden kam. Die Periode der Bedrohung der europäischen Landwirtschaft durch die billige Nahrungsmittelproduktion von Uebersee ist längst vorbei und damit haben auch die alten schutzöllnerischen Ideen in Europa vollkommen ihren Boden verloren. (Sehr richtig!) Wir haben ein Interesse daran, daß die Steigerung der Lebensmittelproduktion nicht gehemmt wird, daß der Kampf der Menschheit gegen das Geseh vom abnehmenden Bodenertrag mit neuen Mitteln fortgeführt wird im Interesse einer Verbilligung der Lebenshaltung der breiten Massen. Das ist auch notwendig im Interesse der Absatzstagnation unserer Industrieerzeugung. Das Problem der Absatzstagnation seit Ende des Krieges steht im tatsächlichen Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Ausweitung des Nahrungsmittelpietraums und der Austausch von Agrarprodukten gegen Industrieerzeugnisse nach Uebersee nicht mehr in dem gleichen Tempo vor sich geht wie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

### Es ist das heute eine Lebensfrage für das industrielle Proletariat, daß der wachsenden industriellen Produktion wachsende Märkte erschlossen werden.

nicht zueht auch im Austausch gegen Agrarprodukte. Die Rationalisierung durch bessere technische Ausrüstung und bessere Arbeitsorganisation ist gewiß nötig, aber in den letzten Jahren hat die Rationalisierung der Arbeiterschaft außerordentlich wenig Vorteile gebracht. Sie hat sich in erster Linie in eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit umgesetzt. Wir müssen eine Rationalisierung fordern in der Form der Berggrößerung der Produktion mit der großen Anzahl von Arbeitern. Das bedeutet die Möglichkeit einer Steigerung der Reallohne.

In unserem Programmentwurf ist ausgesprochen, daß das alte Regime auf diesem Gebiete, dem wichtigsten der Agrarpolitik, alles vernachlässigt hat. Die bisherigen Regierungen, namentlich der monarchistischen Zeit, haben das

### landwirtschaftliche Bildungswejen

so systematisch vernachlässigt, als ob sie den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft gewaltsam verhindern wollten. In der Vergangenheit fehlt jede praktische Bauernpolitik voll-

## LOESER & WOLFF DIE WELTMARKE

Edelerzeugnisse in hoher Qualität sind u. a. unsere Spezialitäten:

- |  |                 |   |                 |
|--|-----------------|---|-----------------|
| <b>Tavona</b> Sumatra; kleine elegante Zigarre in feiner milder Qualität | 15 <sup>4</sup> | <b>Pamfilo</b> Sumatra; abgerundete wohlgeschmeckende Komposition             | 20 <sup>4</sup> |
| <b>Grillenfänger</b> Sumatra; Qualität u. Aussehen bestechend            | 15 <sup>4</sup> | <b>Schloß Rottersheim</b> Sumatra; zarter, vornehmer Geschmack                | 30 <sup>4</sup> |
| <b>Donna Lucia</b> Sumatra; in Deutschland meistgerauchte Zigarre zu     | 20 <sup>4</sup> | <b>Hauptfabrik</b> Sumatra mit fein. Hav. u. St. Felix. Zigarre höher Klasse! | 40 <sup>4</sup> |



**Coronas Nr. 100** Vors. **nur**  
Außergewöhnlich preiswertes Angebot **10<sup>4</sup>**  
Solange der Vorrat reicht.

**ZENTRALE:**  
Berlin C25 Alexanderstr.  
Gegründet  
1865





REEMTSMA  
CIGARETTEN

**OVA**



Bilder von dem Ursprung der berühmten

REEMTSMA **OVA** CIGARETTEN

Die Auswahl der im Treibbeet gezogenen Pflanzen verlangt sehr große Erfahrung, da der Tabak ungemein empfindlich ist. Mit mühseliger Sorgfalt wird jedes einzelne Pflänzchen gepflegt und beobachtet, bis es kräftig genug ist, um auf dem eigentlichen Tabakfeld angepflanzt zu werden.

Wir bitten, die Zigarette  
nur einmal zu versuchen.

**5** Pf.

Wir wissen: sie ist beispiellos.

im

**Atra**

**einmal**



VON  
**GERHART HAUPTMANN**

REGIE: FRIEDRICH ZELNIK  
MANUSKR. F. CARLSEN u. WILLY HAAS  
STIL UND MASKEN: GEORGE GROSZ  
MIT

**SERVAES / WEGENER  
DIETERLE / LOOS / PICHA**

Des beispiellosen Erfolges wegen 2. Woche verlängert

**CAPITOL**  
SCHMIDT-GENTNER  
DIRIGIERT  
Täglich 7<sup>15</sup>, 9<sup>15</sup> Vorverkauf 12-2  
Himmelfahrt 5<sup>15</sup>, 7<sup>15</sup>, 9<sup>15</sup>  
DEUTSCHES LICHTSPIEL-SYNDIKAT G. M. B. H.

<b>Staats-Theater</b> Opernhaus a. Platz d. Republ. 7 <sup>15</sup> Uhr: Die Macht des Schicksals Schauspielhaus 8 Uhr: Fiorlan Geyer Schiller-Theater 8 Uhr: Musik.	<b>Kammerspiele</b> Norden 10334-37 8 <sup>15</sup> Uhr: Ende 10 U. Dyckerpotts Erben Sonntagabend, 28. 8 Uhr Zum 1. Male: <b>Papiermühle</b> Theat. a. Nollendorfpl. Kurfürst 2091 8 U., Ende gegen 11 Uhr <b>Drei arme kleine Mädels</b> Szenelle von Walter Kalla	<b>Volksbühne</b> Theater am Bilewplatz Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr: — Ein Sommernachtsraum. Morgen 8 Uhr: Ein Sommernachtsraum. <b>Jan der Wunderbare</b>
---	---	--

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
8 Uhr:  
**Das Rheingold**  
Abonn.-Turnus III  
**Deutsches Theater**  
Norden 10334-37  
8 U., Ende 11 U.  
Letzte 2 Aufführungen!  
**Der Arzt am  
Scheideweg**  
Sommerabend mit Lud  
Freitag, den 27.  
Zum 1. Male:  
**Der Hexer**  
**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 751F  
8<sup>15</sup> U., Ende 10 Uhr  
**Der Snob**  
Nachtvorstellung  
Tägl. 11 U., Ende 1 U.  
Revue: Was Sie wollen  
Preise 2, 3, 4 u. 5 M.



1.  
Ich heiß „Wahrer Jacob“,  
Ich bin wieder da!  
Ihr kammet vor Jahren  
schon meinen Papa,  
doch schöner als der  
zieh' stolz ich davon:  
auf 'nen großen Vater  
folgt ein größerer Sohn!  
G.

„Der Wahre Jacob“, das weltbekannte Witz-  
blatt, kostet trotz erhöhten Umfanges nur  
30 Pf. Bestelle noch heute beim Zeitungs-  
boten oder in deiner Volksbuchhandlung.

**SCALA**  
Nollendorf 7360  
8 Uhr:  
**Charlie  
RivelTrio**  
und weitere  
Varieté-  
Sensationen!  
**Himmelfahrt**  
2 Vorstellungen  
3<sup>15</sup> und 8 Uhr.  
3<sup>15</sup> zu ermäßigter  
Preisend. ganze  
Programm



**Der  
gewissenhafte Kaufmann**

empfiehlt nur die Feinkost-Margarine „Blauband, frisch gekirnt“, weil sie am besten schmeckt, ausgiebig und rein ist und die verbreitetste, also auch die frischeste von allen ist.

**Blauband**  
frisch gekirnt  
Die Feinkostmargarine mit dem grössten Weltumsatz

1/2 Pfd.  
50 Pfennig

**Die Herrenpartie**

fällt diesmal aus. — Der Ausflug geht mit  
Muttern u. allen Kindern zur Ausstellung „DAS  
WOCHENENDE“ am Kaiserdamm zur großen

**Frühlingsfeier am Funkturm**

**Ab 3 1/2 Uhr: MILITAR-KONZERT**  
**Ab 9 Uhr: RIESEN-FEUERWERK**  
Großer Wochenend-Umzug m. Onkel Fritz aus Neuruppin

Eintritt für Erwachsene 1,50 Mark, für Jugendliche 75 Pfennig  
Freier Eintritt in den **SCHNEEPALAST** für sämtliche Ausstellungsbesucher

ERIK CHARELL BRINGT:  
Tägl. 8 U. Tägl. 8 U.  
**Wie einst im Mai**  
Alfred Braun, Lucie Mannheim u. G.  
Bendow, Westemeier, Kupfer u. a.  
Großes Schauspielhaus

**Komische Oper**  
8<sup>15</sup> Uhr: die neue große James-Klein-Revue  
**Sireng verboten!!!**  
Die Revue der verfahrenen Leberherben!  
Ueber 200 Mitwirk. / 8 Balletts.  
Vorverkauf a. d. Theaterkasse ab 10 Uhr an der Tür.

**CASINO-THEATER** 8 Uhr:  
Pimpelhuber der Millionen-Erbe  
Ab 28. Mai: Der Febltritt einer Frau.  
Gutschein: Faut. 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.  
**Rennen zu Karlskorst**  
Mittwoch, den 25. Mai 1927  
nachm. 3 Uhr  
Tepper-Laski-Jagdrennen.

**Reichshallen-Theater**  
Allabendlich 8 Uhr:  
**Stettiner Sänger**  
(Meyzel, Britton, Steidl usw.)  
Das wunderbare Mai-Prgr. I  
**Dönhoff-Brett!**  
Varieté, Konzert, Tanz

<b>Adieu Mimi</b> Lessing-Theater 8 U.: Der Patriot Kolar, Himmels	<b>Rose-Theater</b> 8 <sup>15</sup> Uhr: <b>Der Vetter aus Dingsda</b>
<b>Theo macht alles!</b> Komödienhaus Norden 6304 8 Uhr	<b>Zentral-Theater</b> Täglich 8 <sup>15</sup> Uhr: <b>Die Weiße</b> Lustspiel von Carl Sloboda
<b>Wenn der junge Wein blüht</b> Theater des Westens 8 Uhr: Heinrich Heines erste Liebe Sommerpr. 1-8 M.	<b>Theater am Kottb. Tor</b> Kottb. Str. 6 Tägl. 8 Uhr: <b>Elite-Sänger</b> Großes Überraschungs- Programm!
<b>Ein ganzer Mann</b> Neues Theater am Zoo 8 <sup>15</sup> Uhr:	

**Sil**  
zum Bleichen  
ohnegleichen!

## Lohengrin.

Von Leo Slezak.

Das Slezak liest seinen „Gesammelten Werken“ ein neues Buch folgen, obwohl er sehrzeit im Vorwort an Eidesstatt versichert, er werde nie mehr etwas schreiben und ihm werde nie mehr etwas einfallen. Er nennt daher seine neue Schrift „Der Waidhahn“ (bei Ernst Rowohlt, Berlin) und erzählt in seiner Mischung von übertriebenen Stilleit und Selbstironie aus seinem Leben. Obendrein bietet er einen recht elegischen „Dreierführer“, aus dem wir hier eine Probe mitteilen:

Jedermann weiß, daß in früheren Zeiten sehr viel gezaubert wurde. Man verwandelte damals die schönsten Jünglinge, meistens Prinzen, in alle möglichen Tiere, und oft, wenn man der Meinung war, einen echten Harzer Kanari im Zimmer zu haben, entpuppte sich dieser eines Tages als verzauberter Erzherzog, den eine neidische, mißse Frau in diesen Koller verwandelt hatte. Also das kommt heute nicht mehr vor.

Wenn der Vorhang in die Höhe geht, ist die Bühne gepickt mit Mannen. Sie werden mich forrgieren wollen und sagen: „Männern!“; aber es heißt doch Mannen — die planlos mit den Schwertern auf ihre Schilde schlagen und singen. König Heinrich sitzt unter einer großen Eide, hat einen langen Umhängbart und hält Gericht. Tetramund, ein Edler, hat eine Klage gegen Elsa von Brabant eingereicht und behauptet, sie habe ihren Bruder, den kleinen Gottfried, umgebracht. Der König glaubt es nicht und es ist auch nicht wahr. Elsa wird vorgeladen, wird gefragt — sie leugnet. Wer hat recht? Der Tetramund oder die Elsa? Bald hätte ich vergessen zu erzählen, daß Tetramund verheiratet ist und seine Frau Ortrud heißt. Uebrigens eine recht düstere Dame — die eigentlich Tetramund zur Lieberreichung der Klage veranlaßt. In alten Zeiten war das Gottesgericht modern. Wenn man nicht wußte, ob jemand schuldig oder unschuldig war, so ließ man zwei Männer miteinander kämpfen und derjenige, der unterlag, war der Verbrecher. Eine äußerst unsichere Angelegenheit. Tetramund fordert jedermann auf, sich für Elsas Unschuld zu schlagen.

Trotzdem keiner der Ritter die arme Elsa dieser Gemeinheit für fähig hält, läßt sich, trotz wiederholten Blases auf der Trompete, keiner von ihnen in dieses Gedränge ein. Da besteht der König noch einmal zu blasen. Wöglich sieht man von weitem einen glänzenden Ritter in einem Rahne stehen, der von einem schneeweißen Schwan gezogen wird. Der Chor der Mannen brüllt durcheinander, zeigt auf den Ritter und schaut frampshast auf den Kapellmeister, was aber offenbar nicht viel nützt, denn sie sind untereinander vollständig verschiedener Ansicht, was der Lateiner „Lohwaidhahn“ nennt. — Lohengrin kommt an, wird von allen Seiten beleuchtet und flugt das Schwanenlied, einen Viertelton zu tief. Der Schwan merkt das, darum fährt er davon. Nun kommt das eigentlich Interessanteste. Tetramund bebzt hörbar, aber er läßt nicht nach, er darf auch nicht, weil es so vorgeschrieben ist. Zunächst geht Lohengrin zu Elsa und sagt ihr, daß er für sie kämpfen werde und ob sie seine Frau werden wolle. Dies könne jedoch nur unter der Bedingung geschehen, daß sie ihn nie frage, wer er sei und woher er komme. Also eigentlich eine Zumutung! Man soll nicht wissen, mit wem man das Vergnügen hat. Eine wilde Sache. Sie schwört, er geht hin, besetzt den Tetramund, schenkt ihm das Leben, die Ortrud zerpringt, Elsa fliegt dem Namenlosen um den Hals, die Mannen schlagen freudig bewegt mit ihren Schwertern auf die Schilde, der König streicht seinen Umhängbart, gibt seinen Segen und der Vorhang fällt.

Dies ist der erste Akt. Im zweiten Akt ist es vor allem einmal hinter. Unheimlich lange Vorwürfe und gegenseitige Anklagen ertönen aus irgendeiner Ecke. Ortrud und Tetramund streiten sich. Er nennt sie eine Genosin seiner Schmach und sie ist auch sehr unfreudlich mit ihm. Nach langem Hin und Her beschließen sie, Elsa neugierig zu machen und ihr den Lohengrin zu verzeihen. Im Mittelalter erschien in der Nacht vor der Hochzeit die Braut immer auf dem Söller und sprach mit dem Monde oder, wenn keiner da war, mit dem „Sephir“. Das sind lauter Liebertriebenheiten, die man heute nicht mehr macht, weil man sonst für blödsinnig gehalten werden würde. Während die Braut mit dem Sephir plaudert, kauft Ortrud unien so laut, daß Elsa es hören muß. Sie geht hinunter, liest Ortrud von der Schwelle auf und nimmt sie zu sich in den Palast. Das war das Dummste, das sie tun konnte. Beim Brautzug erscheinen die gewiesenen Chordamen als Brautjungfern und streuen Blumen. Die Mannen beteiligen sich am Schreiten und singen in Singsopern. Alles walt majestätisch zur Kirche, da plötzlich drängt sich Ortrud vor Elsa und behauptet, sie gehöre nach vorn. Es erhebt sich eine große Aufregung und mitten in diesen Wirbel kommt der König mit Lohengrin. Der überhaut sofort die ganze Situation und schleudert Blitze aus seinen Augen. Er geht zu Elsa, nimmt sie beiseite und sagt ihr, sie solle sich ja nicht aufheben lassen und ihn fragen, weil er sonst sofort abreißen müsse. Elsa meint, daß sie gar nicht daran denke und froh sei, daß sie endlich einmal heiraten könne. Er drückt sie an seine Brust und sie schreiten weiter auf die Kirche zu. Wöglich, im letzten Moment, springt Tetramund hinter einen Pfeiler hervor, und beschimpft Lohengrin. Sagt, daß er ein Zauberer sei und daß die ganze Geschäfte doch höchst merkwürdig wäre. Man soll mit einem Schwan angefahren kommen, man soll den Schwan wieder wegschicken, kein Mensch soll fragen dürfen, wer man ist, keine Legitimation, keine Ausweisepapiere, kein Visum — gar nichts! Deshalb erklärte er die ganze Sache mit dem Gottesgericht für Blies und verlange die Revision der Angelegenheit. Kurz und gut, Tetramund ist, nach seiner Meinung mit Recht, aufgeregt. Aber wenn einmal ein Vorurteil zu jemandes Gunsten Platz gegriffen hat, so kann der machen was er will — er hat recht. Tetramund bekommt einen Stoß in den Magen und wird hinausgeschmissen. Lohengrin und Elsa sehen das unterbrochene Schreiten in die Kirche fort, die Mannen schlagen freudig bewegt mit den Schwertern auf ihre Schilde, und unter beifälligen Rufen des Königs fällt der Vorhang.

Dritter Akt. Das Brautgemach. Lohengrin und Elsa werden von dem König hereingeführt, der, nachdem er den beiden praktische Winke diesbezüglich zuteil werden ließ, sofort wieder verschwindet. Der Zuschauer merkt schon an der Einrichtung, daß das eine sehr unerrealische Brautnacht werden wird. Lohengrin singt so lange, bis ihn Elsa endlich fragt, welchen Geschlechts er sei. Die Bombe platzt. Zu alledem kommt noch Tetramund herein und will Lohengrin erschlagen. Der Anschlag mißlingt, Tetramund fällt, von dem Blitze aus dem Auge Lohengrins getroffen, tot zu Boden. Es wird weggeräumt. Lohengrin sagt Elsa nichts. Erst vor dem König will er reden. Auch wieder eine Bosheit von ihm. Während Elsa mit effigiarer Tonerde gewaschen wird, fällt der Vorhang.

Berwandlung. Derselbe Platz wie im ersten Akt. Der König erscheint hoch zu Koh. Dieses entedigt sich vor allem alles Innerlichen, während die Mannen heasverlangend mit den Schwertern auf die Schilde schlagen. Es soll in den Krieg gehen. Jeder einzelne ledzt nach Helldent. Lohengrin soll ein Battalion übernehmen. Er kommt herein und sagt, er könne nicht mitkommen. Zum Glück habe ihn Elsa gefragt und nun müsse er heimwärts ziehen. Zum Zeichen der Trauer schlagen die Mannen mit den Schwertern auf ihre Schilde. Elsa wird hereingebracht — sie wankt. Entweder sie schreit oder sie wankt. Lohengrin stellt sich hin und singt die Gralserzählung. Er sagt nichts Sichhaltiges, lauter Sachen, die er nicht beweisen kann und angefsichts derer er von keiner Musterungskommission entbunden worden wäre. Aber alle glauben es. Wieseize tun sie nur so, weil es schon sehr spät ist und niemand durch einen Einspruch oder durch eine Debatte die

Vorstellung noch weiter in die Länge ziehen will. Während Elsa nach Luft verlangt, verabschiedet sich Lohengrin und gibt ihr ein Horn, einen Ring und ein Schwert. Auf dem Horn soll sie blasen lernen, den Ring soll sie behalten und das Schwert soll sie ihrem Bruder schenken. Wie verwirrend! Er geht. Die Mannen schlagen zum Zeichen der Trauer mit ihren Schwertern auf ihre Schilde. Wöglich erscheint die Ortrud wieder. Sie gibt keine Ruhe. Sie schreit, daß sie den Bruder in einen Schwan verwandelt habe und daß sie an der ganzen Unannehmlichkeit schuld sei. Lohengrin durchbohrt sie mit einem Blitz aus seinem Auge. Sie stirbt. Der Schwan taucht unter, und es springt ein übertrieben wonniger Jüngling — ein Prinz — aus dem Wasser und umarmt Elsa. Der kleine Gottfried! Da Lohengrin nicht ohne jedes Zugtier weg-fahren kann, kommt eine Taube und schießt ihn fort — was sehr unwahrscheinlich ist. Elsa wankt und schreit, da fällt Gott sei Dank der Vorhang, denn es ist schon sehr spät. — Die Oper ist aus!

## Wilhelm und Lindbergh.



Wilhelm: „Der Hergt hat mich total kreegeführt: die Amerikaner können doch fliegen — nur ich kann nicht kommen!“

## Die „Palme.“

Von Adolph Hoffmann.

(Schluß.)

„Dann müssen wir es alle ablehnen,“ hieß es von mehreren Seiten. „Wieder anzuehen!“ tönte es halblaut durch den Saal. Und so geschah es. Wir machten natürlich mit. Einige Minuten später wurde die Tür wieder aufgerissen. „Rüber unter die Dusche!“ brüllte ein langer Hausdiener, der im nächsten Augenblick mit offenem Munde stehen blieb. Dann löste sich die Erstarrung und er brüllte: „Was fällt euch denn ein?“ Kirchrot fügte er hinzu: „Die Lumpen runter von den Knochen.“

Der Alte erwiderte mit mehreren anderen fast zugleich: „Es ist zu kalt hier, um sich nackt auszuziehen.“ Jörnig schrie der Hausdiener: „Na wart' man, euch soll gleich warm werden.“ Und zur Tür brüllte er hinaus: „Kommt mal her, die Saubande weigert sich, zu baden.“ Im Umsehen waren 8 bis 10 Mann im Saal und ebensoviele Gummischläuche langten rüchlichstos auf die Köpfe der Unglücklichen, wovon auch wir den uns gebührenden Anteil redlich erhielten. Mein Freund Christian Schulz, dem die Beschäfte trotz aller Vorbereitungen doch etwas plötzlich kam, stieß nur ein erstauntes „Nanu?“ heraus, als ihn auch schon einer der Hausdiener von hinten packte und, so lang er war, schlug Schulz knirschend auf den Steinboden.

Auf mich fausten die Hiebe hageldicht herab. Reinen Gegnern, die sich vielleicht darüber freuen werden, muß ich den Schmerz antun, zu sagen, daß mir nie im Leben Prügel so willkommen waren wie die im städtischen Oddach. War es doch durch sie möglich, die Gummischläuche, die Artur Stadthagen in allen Kästen und Schränken vergebens gesucht hatte, nicht nur ans Licht zu ziehen, sondern sogar ihre Herkunft festzustellen. Die prügelnden Menschenreunde trugen sie nämlich im rechten Hofenbein. Sie waren am Hofenträgerknopf festgehängt. Als mir die Sache zu hunt wurde, rief ich dem langen Kerl, der sich vom Genossen Schulz zu mir gewandt hatte, zu: „Wie kommen Sie dazu, uns zu mißhandeln? Führen Sie mich zum Oberinspektor, ich will mich beschweren.“ Der Lange schrie seinen Kollegen zu: „Kommt mal her! Hier ist einer, der die Bekanntheit des Oberinspektors machen will. Dem wollen wir mal zeigen, daß er das zweitemal nicht danach verlangt.“ Mehrere stürzten über mich her und schlugen so auf mich ein, daß ich in des Wortes verwegenster Bedeutung „alle Hände voll zu

tun hatte“, Kopf und Gesicht zu schütten, um meinen Gegnern nicht eine allzu große Freude zu machen, wenn ich mich zur nächsten Stadtverordnetenversammlung mit einer abgedeckten Bijsage präsentieren möchte.

Genosse Schulz erfüllte die gestellte Bedingung, nicht wiederzuschlagen, getreulich, so schwer es ihm auch fiel. Wir wurden den Korridor entlanggeprügelt bis an die Ecke des polizeilichen Feststellungsbureaus. Hier stog Schulz in die Ecke und ich auf ihn.

Weder ein Polizeibeamter noch der Herr Oberinspektor ließen sich sehen. Auf letzteren kam es mir besonders an. Denn uns war von Gemüßhandeln mehrere Male mitgeteilt worden, daß, wenn sie sich bei demselben beschwerten, sie von ihm noch eigenhändige Ohrfeigen bekämen.

Eine solche Ohrfeige hätte ich gar zu gern gehabt. Aber der Herr Oberinspektor hatte Glück. Er war an diesem Tage gerade im Theater und konnte daher die Tragikomödie im Oddach nicht genießen.

Als ich mit dem Gesicht auf den in der Ecke liegenden Schulz gestiegen war und eine ganze Reihe dieser darmherzigen Samariter mit Gummischläuchen auf mich einschlugen, machte ich der Sache ein Ende, indem ich mich mit einem kräftigen Ruck aufrichtete und als Stadtverordneter zu erkennen gab.

Das schlug wie eine Bombe ein. Die Flut der unsäglichen Beschimpfungen versiegte. Erst allgemeine Verblüffung, dann — „rette sich, wer kann“. Im Nu war der ganze Korridor von den Gummischläuchelnden, Hausdienern und Beamten geleert. Nur einer blieb stehen: der Aufseher und Hellgehilfe. Er erholte sich von dem Schreck und höhnte: „Jeder Stroich kann sagen: ich bin Stadtverordneter.“

Ich ersuchte den inzwischen aufgelauchten Polizeibeamten, mit uns zum Polizeibureau in der Brenzlauer Allee zu gehen, um uns feststellen zu lassen und polizeiliche Hüfe zur Feststellung der Prügelhellen zu holen.

Auf dem Polizeibureau bot ich, non dem Zigarrenhändler in der Marienburger Straße unsere Kleider holen zu lassen, in welchen sich auch unsere Legitimationspapiere befanden, die wir zur Vorsicht dort gelassen hatten, da im Oddach Legitimationspapiere ein gesuchter Artikel sind.

Der diensthabende Wachtmeister sandte bereitwillig einen Beamten hinüber und äußerte im übrigen seine Freude, daß wir die Prügeleien unabdingbar festgesetzt hätten. Der Polizei wären schon oft Klagen darüber geführt.

Natürlich konnten wir die Freude verstehen, denn in der damaligen Zeit wurden sehr häufig Verprügelungen Stifter auf Polizeibureaus durch Zeitungen und Gerichtsverhandlungen festgestellt, und man verstand, wie wohl es tat, dergleichen auch mal den städtischen Behörden nachzulegen zu können.

Als wir umgekehrt wieder in der Balme erschienen, stand der Herr Oberinspektor bereits uns erwartend vor der Tür. Man hätte ihn aus dem Theater geholt.

Mit einem Schwall von Worten der Entschuldigung empfing er uns und schlug vor, die Feststellung der Schuldigen morgen am Tage zu machen, da der größte Teil der Angestellten schon zu Bett sei.

Das lehnte ich mit den Worten: „Frische Fische, gute Fische!“ ab und bot, das gesamte Personal wecken und antreten zu lassen, um die Schuldigen ohne Metamorphose herauszufuchen. Und so geschah es.

Gewiß ist mancher dabei entwischt, aber die Hauptakteure wurden festgesetzt.

Der Hauptprügelheld und Anstifter hatte an der rechten Hand einen frischen Verband und behauptete, sich vormittags eine Verletzung beim Brot schneiden zugezogen zu haben. Er sei gleich durch den Hellgehilfen verbunden worden und hätte schon deswegen sich an der Prügelei nicht beteiligen können.

Festgesetzt wurde aber, daß er in seinem Eifer beim Prügeln mit der Hand an eine Mauerfante geschlagen war und sich so verletzt hatte, daß das Blut herumspritzte und sogar meine Kleidung beschmutzt worden war.

Nach den Feststellungen fuhrten wir nach der „Vorwärts“-Redaktion um den Standal im Oddach und Artur Stadthagens Rechtfertigung zu verklären.

Die bürgerliche Presse war selbstverständlich am Abend und in den nächsten Tagen voller Schilderungen und Bosheiten. Die Witzblätter hatten Stoff für saule und schlechte Scherze. Hin und wieder war auch ein guter dabei.

Der „Mit“ brachte ein Bild, auf dem in einem Park ein schlafender „Strolch“ auf der Bank lag. Zwei Schutzleute standen in tiefer Ueberlegung davor, ob sie ihrer Instruktion gemäß ihn aufjagen sollten.

Der eine sagte zum anderen: „Werde ihn lieber nicht, denn es könnte ein Stadtverordneter sein.“

Ein anderes Bild stellte mich als Säugling dar, der sich strampelnd wehrte, weil er in die Badewanne gelegt werden sollte. Darunter stand: „Wie uns mitgeteilt wird, hat sich der Stadtverordnete Hoffmann schon als ganz kleines Kind energisch gegen das Baden zur Wehr gesetzt.“

Einem Magistratsassessor wurde die Untersuchung übertragen. Als ich das zweitemal vernommen wurde, las mir dieser die Aussage eines alten Aufsehers vor, der bei seiner Vernehmung behauptet hatte: „Die Stadtverordneten Hoffmann und Christian Schulz hätten, als er — der Aufseher — durch das Guckloch der Tür neblt hätte, ehe die angebliche Prügel stattfand, von Priische zu Priische gehend die Oddachlosen aufgebeht.“

Ich forderte turjherhand, dem betreffenden Beamten gegenüber gestellt zu werden. Bei dieser Konfrontation stellte sich heraus, daß dies der alte schwächliche Beamte war, den ich auf dem Korridor beobachtet hatte.

Der alte Herr wiederholte seine Behauptung in einer Form, daß man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, er habe das Gesagte auswendig gelernt.

Ich erklärte hierauf dem juristischen Beirat, so kämen wir zu keinem Ziel. Ich würde dem Aufseher Gelegenheit geben, seine Aussagen eidlich zu erhärten. Ich würde eine große öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Die Prügelhelden des Oddachs“ einberufen und dort mit Ramenbezeichnung den alten Beamten öffentlich der Lüge zeihen. Dann müßte der Oberbürgermeister gegen mich Strafantrag wegen Beleidigung seines Beamten stellen und dann werde ich ruhig abwarten, ob der alte Herr am Rande seines Grabes einen Reineid leistet.

Der alte Beamte zitterte am ganzen Leibe und erklärte, er könne sich ja auch irren. Der Herr Stadtverordnete lähe heute ganz anders aus, so daß er ihn nicht wiedererkenne.

Der Herr Assessor machte den Beamten auf das von ihm selbst unterfariene Vernehmungsprotokoll aufmerksam, indem er die Frage stellte, ob er das alles als un wahr erkläre.

Er erhielt die Antwort: „Ja, ich widerrufe alles und nehme alles zurück.“

Damit war der Versuch, den Spieß gegen uns umzudrehen, endgültig mißglückt.

Die prügelnden Hausdiener mit ihren Gummischläuchen wurden entlassen. Mehrere Beamte verschwanden aus dem Oddach, darunter sogar der Bruder eines bürgerlichen Stadtverordneten.

Die sozialdemokratische Fraktion entsandte mich in das Kuratorium und Herr Stadtrat Ramroth, der Vorsitzende des Kuratoriums, hielt nun in der nächsten Sitzung eine prunfoolle Einführungsrede, zu der ich bemerkte: „Bemühen Sie sich nicht, Herr Stadtrat; ich bin bereits „eingeteilt“, und wer schon bei Bezeiten ausgehauen wird, hat tote Heiden überholt!“

